

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 18. Juni 1930
12. Jahrgang, Nummer 138

Verlag: Roter Stern
Karl-Marx-Str. 10, Berlin

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Vertrieb: Berlin, 10, Erbertstr. 50, Tel. 10 20 20
Hilfswort: Berlin, 44, W. Wallstr. 10, Tel. 10 20 20
Kassa: Berlin, 10, W. Wallstr. 10, Tel. 10 20 20

Stahlhelmverbot wird aufgehoben

„Urwahlen“ zum DMB-Verbandstag

Vom Reichskomitee der RPD., Industriegruppenleitung Metall, wird uns geschrieben:
Am 22. und 23. Juni finden in den meisten Bezirken die „Urwahlen“ zum 19. Verbandstag des DMB statt. In den Bezirken Bielefeld, Essen, Hagen, Rln hat der Vorstand die Wahlen wegen irgendwelcher SPD-Veranstaltungen auf den 29. bzw. 30. Juni verschoben; in Sachsen wegen der Landtagswahlen ebenfalls.

Der 19. Verbandstag der größten deutschen Gewerkschaft tritt im August in Berlin zusammen. Er sollte laut Karlsruher Beschluß in Dortmund tagen. Der Vorstand hat ihn aber eigenmächtig nach Berlin verlegt, um den unangenehmen Fragen der 220 000 Ruhrmetallarbeiter nach Kampfmaßnahmen gegen den Lohnabbau aus dem Wege zu gehen. Im Zeichen des allgemeinen Lohnabbaues wird dieser von der Bürokratie zusammengeschobene Verbandstag gesehen. Er wird gleichzeitig die Überstellung des Vorstandes nach Berlin zur Kenntnis zu nehmen haben und dessen dadurch noch engere Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsorganisationen der Lohnabbauenden Truflkapitalisten und dem Staatsapparat sanktionieren müssen.

Im Ruhrgebiet Lohnabbau durch Schlichterpolitik. In Sachsen, Mitteldeutschland, Thüringen und auf den Werken Lohn- und Arbeitszeitbewegungen, bei denen ebenfalls der Lohnabbau im Vordergrund steht. In all diesen brennenden Bewegungen wird dieser Verbandstag nicht Stellung nehmen, das beweist die statutenwidrige Nichtzulassung der oppositionellen Anträge, die diese Fragen behandeln. Es wird dort lediglich in Wirtschafts-demokratie und Selbstbewehrung der Bürokratie gemacht werden. Dazu können sie die Stimme der Mitglieder, der einfachen sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter, vertreten durch oppositionelle Delegierte, nicht gebrauchen. Daher haben sie auf ihren zusammengeschobenen Vertreterversammlungen nur maßgebende und vorrangige, materiell und politisch von ihnen abhängige Sozialdemokraten auf die Kandidatenliste gesetzt, und damit den letzten Rest von proletarischer Demokratie im Verband totgeschlagen. In demselben Maße, wie die Bourgeoisie ihre formal-demokratische Maske ablegt und zu faschistischen Herrschaftsmethoden greift, um sich der um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter zu erwehren, faschisiert auch die mit ihr verbundene Gewerkschaftsbürokratie den Verbandsapparat, um die ihr von der Bourgeoisie zugewiesene Rolle der Zersplitterung und Verharmlosung der Arbeiter gegen Lohnabbau erfüllen zu können.

Infolge der Befreiung der Listenwahl und der Absetzung ganzer Ortsverwaltungen, wie Solingen, Remscheid, der oppositionellen Funktionäre bzw. des Hinauswurfs München-Blabacks u. a., durch den Vorstand hat die revolutionäre Metallarbeiteropposition nur in wenigen kleinen Wahlabteilungen, wo die Kandidaten noch in Mitgliederversammlungen aufgestellt werden, Kandidaten zu dieser Funktion einer Urwahl aufstellen können. (Für die Wahlabteilung Freiburg und Waldenburg ist der oppositionelle Kollege Krusche aufgestellt.)

Zu allen großen und wichtigen Ortsverwaltungen, wie beispielsweise Berlin, wo die Opposition seit Jahren die Mehrheit der Mitglieder und der Delegierten zum Verbandstag hatte, stehen infolge des sozialfaschistischen Diktaturregiments nur Sozialdemokraten zur Wahl. Den Mitgliedern wird somit nicht mehr die Möglichkeit gegeben, zu wählen zwischen Vertretern des revolutionären Klassenkampfes oder Anhängern der arbeitereindlichen Vorstandspolitik. Sie dürfen bei dieser „Urwahl“ nur noch entscheiden, welchen Feind der revolutionären Arbeiterbewegung sie zum Verbandstag schicken wollen. Damit soll der Kampfwille der Mitglieder, die den einzig möglichen Ausweg aus dem Elend mit der Organisation der Gegenoffensive gegen die Lohnabbauoffensive des Truflkapitals beschreiben wollen, von der SPD-Leitung erstickt werden.

Das dürfen die revolutionären Metallarbeiter unter keinen Umständen dulden. Sie haben noch ein Mittel, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Dieses Mittel ist nicht Wahlenthaltung, wie es die Renegaten der revolutionären Opposition, die von dem aus der kommunistischen Partei hinausgeworfenen Brandler beeinflusst werden, den Metallarbeitern empfehlen.

Die revolutionäre Metallarbeiteropposition organisiert die Massenbeteiligung der Arbeiter an der Wahl und Streikung sämtlicher den Mitgliedern auf die Nase gesetzten sozialdemokratischen Kandidaten. Wahlenthaltung ist eine Lösung, die die Tendenz zur Passivität verstärkt, die Metallarbeiter mutlos macht und den Glauben stärkt, daß die Mitglieder gegenüber den „allmächtigen“ Bonzen machtlos sind. Es ist nicht die Aufgabe eines Revolutionärs, eine solche entmutigende Parole zu unterstützen.

Es kommt unter den gegenwärtigen Verhältnissen darauf an, die Massen zum Kampf gegen den Lohnabbau und die mit den Unternehmern verbundene Verbandsbürokratie zu mobilisieren. Das wird nicht durch Wahlenthaltung gefördert, sondern dadurch, daß die Massen an die Wahlurne geführt werden, um sich für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu entscheiden. Niemand darf sich vor der Wahl zurückhalten lassen durch die Tatsache, daß die Bonzen vorläufig an der Zusammenziehung des Verbandstages nicht gehindert

Birth erklärt im Reichstag, daß Müller und Braun die Aufhebung vorbereitet haben — Am Mittwoch Beratung der Raubgesetze

Berlin, 17. Juni. Gestern traten der Reichstag und der Preussische Landtag zusammen. Der Landtag vertagte sich nach einer einstündigen Sitzung bis auf den 24. Juni. Die Raubgesetze des Brüning-Kabinetts sind jetzt dem Reichsrat zugegangen und sollen auf Wunsch Molkenbrowsers am nächsten Mittwoch im Reichstag behandelt werden. Ueber die Montag-Beratungen des Reichstages sei berichtet:
Am Montag wurde die zweite Beratung des Etats für 1930 mit der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern fortgesetzt. Nachdem Reichsinnenminister Dr. Birth zu dem Lübecker

Kindersterben eine nichtssagende Erklärung abgegeben hatte, erhielt das Wort Abg. Solimann (SPD): Das notwendige ist gegenwärtig die Reichsreform, und wir werden mit jeder (!) Regierung, ganz gleich, wie sie aussieht (!), zusammengehen, wenn sie die Reichsreform durchführen will. Die Nationalsozialisten sind in ihren Wortlauten weit schlimmer als die Kommunisten. (Komm. Juruse: Wer die, habt ihr großgezogen, und den roten Frontkämpferbund verboten!) Abg. Spahn (Dn): Ich muß gegen das Vorgehen des Innenministers gegen die Thüringische Regierung protestieren. Wir fordern auch die sofortige Aufhebung des Stahlhelmverbots in Westdeutschland. Auf die Rede des Abg. Spahn antwortete sofort Reichsinnenminister Dr. Birth: Ich kann Herrn Spahn versichern, daß ich die Frage des Stahlhelms nicht unberührt lasse. Ich werde die Verhandlungen, die der Reichsanwalt Müller und Herr Hilferding zwecks Aufhebung des Stahlhelmverbots eingeleitet hat, weiterführen. (Stürmisches hört! hört! bei den Kommunisten.) Ich kann auch mitteilen, daß vor wenigen Wochen der preussische Ministerpräsident Braun an die führenden Herren des Stahlhelms eine Einladung zu einer gemeinsamen Besprechung über die Aufhebung des Verbots geschickt hat. (Anbauende hört, hört-Rufe der Kommunisten.) Abg. Schreiber (Zentrum): In Preußen haben wir zusammen mit den Sozialdemokraten für Ruhe, Ordnung und Sicherheit gekämpft und damit erst die Stabilität der deutschen Politik gesichert. Und gleichzeitig haben wir unsere Kulturpolitik durchgeführt. (!)

Arbeiter, her zu uns!

Ein sehr guter Werbeeffekt wurde durch zwei Genossen der Ortsgruppe Faulberg erzielt, die in Langensl., Kreis Nimpfisch, eine neue Ortsgruppe gründeten und 16 Parteiaufnahmen machten. Unter den 16 Neuaufnahmen befinden sich fünf Uebertritte aus der SPD von Arbeitern, die teilweise seit fünf Jahren in der SPD organisiert waren!

Ein ebenso guter Erfolg war die gestrige Versammlung in Cawallen, in der 8 Arbeiter in die RPD eintraten, darunter zwei bisherige SPD-Mitglieder.

Ein Arbeiter in Kostelnik von Faschisten niedergeschlagen

Kostelnik, 17. Juni. Am Sonntagmittag ist eine Gruppe Antifaschisten von Nazis überfallen worden. Die Nationalsozialisten waren von auswärts nach hier gekommen und wollten eine Gründungsversammlung abhalten. Einem Arbeiter aus Wiltschütz haben die Hitlerbanditen im Rücken einen Messerstoß beigebracht. Der Arbeiter wurde blutüberströmt ins hiesige Krankenhaus eingeliefert. Die Arbeiter setzten sich daraufhin energisch zur Wehr und verabschiedeten diesen Messerhieb einen herbe Antwort.

Dieser neue Naziüberfall muß der Alarmruf für die Klassenbewusste Arbeiterchaft sein, die antifaschistischen Arbeiterwehren durch ihren Beitritt zu stärken. In jedem Betrieb eine rote Betriebswehr zum Kampf gegen National- und Sozialfaschismus!

Revolutionärer Gutsrätetieg in Neuho

Hindenburg, 17. Juni. Seit Jahren bestand auf dem Gut Neuho der Gräfinlich Donnermarschen Oekonomiedirektion kein Gutsrat. Nachdem die revolutionäre Opposition auf dem Gute Fuß gefaßt hatte, wurde alles zur Vornahme der Wahl eines Gutsrates getan. Nahe der revolutionären Liste stand eine Liste der Aufseher und Schmaroher zur Wahl. Trotz aller Schikanen durch die Verwaltung fand die Wahl statt und zeitigte das folgende glänzende Ergebnis:

Oppositionelle Liste	29 Stimmen
Liste der Aufseher und Schmaroher	25 Stimmen
Enthaltung	7 Stimmen

Landarbeiter Oberschlesiens und Schlesiens! Folgt dem Beispiel der Arbeiter von Gut Neuho und wählt liberal rote Gutsräte! Kämpft dort mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Verbesserung eurer Lebensbedingungen!

Vom Tage

Die deutschen Holzindustriellen haben den Reichstags gefündigt und fordern Kürzung der Stundenlöhne um 6 Pfennig.

Die ostpreussischen Krautjanter fordern einen Abbau der Landarbeiterlöhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

In Wolfenbüttel ist ein antifaschistisches Komitee aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern gebildet worden.

An der Effektenbörse in Neuyork kam es heute zu umfangreichen Kursseinbrüchen, die Ausmaße von 15 bis 22 Dollar erreichten.

Auf den sowjetrussischen Eisenbahnen wird ab 15. Juni der Eisenbahntag eingeführt.

Für die kommunistische Fraktion sprach Johann Genosse Maslowki.

Der Etat des Reichsinnenministeriums spiegelt das Gesicht der herrschenden Klasse wieder. Das Auffallendste an dem vorliegenden Etat ist der Zug zum Faschismus. Ich muß betonen, daß dieser Etat von Seevering ausgearbeitet wurde und unbedenken von der Bürgerblockregierung jetzt vorgelegt wird. Das beweist, daß der faschistische Kurs der Bürgerblockregierung eingeleitet wurde durch die Hermann-Müller-Regierung. Seevering hat dem Bürgerblock die Waffen geliefert, mit denen jetzt gegen das Proletariat regiert wird. Er hat das Republikanische Gesetz geschaffen, das Verbotsgesetz, das Filmzensurgebete, er hat den RFB verboten, und unter der Hermann-Müller-Regierung setzte bereits der Abbau des Parlamentarismus durch die Verschärfung der Geschäftsordnung des Parlaments, durch den Zimmerräuber der kommunistischen Abgeordneten ein. Ein Viertel der kommunistischen Fraktion ist jetzt bereits dem Staatsamts ausgeliefert. Das war die Vorarbeit zum Faschismus der Müller-Regierung, die ergänzt wurde durch die blutige Tätigkeit sozialdemokratischer Polizeioffiziere gegen das Proletariat. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Deute sprach auch der Sozialdemokrat Solimann fauste Oppositionistone gegen die Friid-Regierung, ohne allerdings zu sagen, wie man dagegen vorgehen muß. Derselbe Solimann war im Jahre 1923 als Reichsinnenminister schnell mit Maschinengewehren zur Hand, als es galt, in Sachsen und Thüringen die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit auseinanderzutreiben.

Von besonderer Bedeutung beim Innenetat ist die „Technische Rothhilfe“. In weiser Voraussicht der Lohnabbauoffensive des Kapitals hat Seevering für die Technische Rothhilfe in den diesjährigen Etat 250 000 Mark mehr eingelegt, so daß jetzt für die Streikbrechergarde 1 250 000 Mark ausgegeben werden. Ferner sind erhöht die Summen für die Spitzelkondensand die Reichszentrale für Heimatsdienst, in deren holder Eintracht Sozialdemokraten und Deutschnationale sitzen.

Es liegt im Wesen des vordringenden Faschismus in Deutschland, daß auch die Kulturreaktion zu entscheidenden Schlägen ausholt. Welche Summen für die Verbummung des Volkes ausgegeben werden, ist kaum zu berechnen. Hunderte von Millionen gehen direkt an die Kirche. Aber das Reich gibt auch Unsummen heraus für die Verlegung theologischer Bücher. So sind im vergangenen Jahre 78 neue theologische Werke auf Reichskosten erschienen, dagegen nur 22 über Naturwissenschaft und nur 7 über Physik.

So zeigt sich brutaler Terror, schärfste Massenausplünderung, ansteigende Kulturreaktion in einer Linie. Diese drei Dinge charakterisieren das Wesen der Deutschen Republik. Wir Kommunisten führen den Kampf gegen dieses System. Gegen uns steht die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, aber mit uns werden kämpfen die Millionenmassen der Ausgebeuteten, der Hungrigen, die Millionen, die unter der kapitalistischen Herrschaft

werden können. Im Gegenteil, nun erst recht muß jeder Metallarbeiter an die Stelle der durchstreichenen sozialdemokratischen Vorstandskandidaten schreiben:

„RPD.“
Damit legt er ein Bekenntnis ab, daß er bereit ist, mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen Lohnabbau und Bonzenpolitik, für Eisenbahntag, 40-Stunden-Woche, Lohnausgleich

und Lohnerhöhung, für das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder zu kämpfen.

Der Wahltag muß von den Metallarbeitern zu einem Berechnungstag mit der Bürokratie gemacht werden, damit der geklärten Arbeiteröffentlichkeit offenbar wird, daß dieser Verbandstag der Bonzen mit der wahren Meinung der Metallarbeiter nicht ein hat. Jeder Klassenbewusste Metallarbeiter wählt am Wahltag RPD!

Blutiger Naziüberfall auf Reichsbannerarbeiter

Planmäßiger Mordfall — Der Arbeitermörder Baumgart nicht weiter Arbeiter nieder

Mannheim, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Ein 80 Mann starkes Reichsbannertrupp wurde gegen 8 Uhr in der Nähe des Marktplatzes plötzlich von einer mindestens 100 Mann starken Mordabteilung nichtkämpfender Nazis überfallen. Die Nationalsozialisten legten sich mit dem Ruf „Messer raus und drauf“ auf die Mitte des Reichsbannerzuges.

Fünf Reichsbannerleute brachen unter den Schreien und Stockhieben ohnmächtig zusammen und wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Schwere Kopf-, Brust- und Armpfehlungen festgestellt wurden. Ein Reichsbannerarbeiter erhielt einen Bruststich in der Höhe des Herzes. Die abgebrochene Messerspitze konnte erst nach operativem Eingriff aus der Wunde entfernt werden.

Zwei Reichsbannerarbeiter und eine Anzahl von Arbeitern wurden leicht verletzt.

Wie von Augenzeugen übereinstimmend geschildert wird, wurde dieser schurkische Mordfall ganz planmäßig vorbereitet. Die faschistischen Strolche hatten sogar aus Ludwigsbafen einige ihrer Mordbrüder herübergeholt, mit denen sie sich auf dem Marktplatz trafen.

Nach dem Mordfall wurden vor einer in der Nähe des Marktplatzes die Straßenlampen gelöscht, so daß die Nazis von der Dunkelheit begünstigt, ihren feigen Mordüberfall ausführen konnten. Außer Messern, Schlagringen, Stahlruten und Gummiknüppeln fand man bei den faschistischen Mordbrüder noch kleine Behälter, die mit Messer gefüllt waren und Glaschen mit Säure.

Bezeichnend ist, daß der fälschlich bekannte Baumgart, der vor zwei Jahren den Arbeiter Lullin erschossen hat, sich an der Messerschere am Samstag wieder ganz besonders hervorgetan hat. Der Mörder wurde damals zu einer lächerlich geringen Strafe verurteilt. Die Arbeiterklasse wird in Protestkundgebungen gegen die Mordüberfälle der Nazis Stellung nehmen.

Weiterer Personal- und Lohnabbau bei der Reichsbahn

Die Pläne der Reichsbahnhauptverwaltung, auf Kosten des Personals die sogenannte Sanierung der Finanzen durchzuführen, sind durch einen Beschluß des Verwaltungsrats, der vom 12. bis 14. Juni in Berlin tagte, erneut bestätigt worden. Neben dem weiteren Abbau handelt es sich in erster Linie um die Herabsetzung der Löhne und Gehälter. Die Drosselung der Sachausgaben soll eingestellt und durch eine allgemeine Lohn- und Gehaltskürzung ersetzt werden. Der „Berliner Börsen-Courier“ schreibt dazu: „Nach unseren Informationen wird eine weitere Einsparung bei den Sachausgaben nicht mehr erwogen. Man denkt vielmehr ausschließlich an eine Drosselung der Löhne und Gehälter.“

Die bürgerliche Presse bezeichnet den Beschluß des Verwaltungsrats als einen erfreulichen Fortschritt. Die Kulisshöhne der Eisenbahner, die in manchen Teilen des Reiches wöchentlich noch unter 30 Mark betragen, sollen eine weitere Verschlechterung erfahren, die Lebenshaltung der Eisenbahner und ihrer Familien noch härter herabgedrückt werden.

Gleichzeitig wird auch der Abbau fortgesetzt. Schon heute steht fest, daß es nicht bei den jetzt für den Abbau vorgesehenen 1900 Eisenbahnern bleiben wird, die zur Zeit für den weiteren Abbau vorgesehen sind, daß vielmehr, sobald diese Entlassung vollzogen ist, andere Gruppen an die Reihe kommen.

Die Gewerkschaftsbürokratie „verhandelt“, wie immer, über das Schicksal tausender Eisenbahnproleten, wobei sie sich erneut mit der Einlegung von Forderungen ohne Lohnausgleich für die Werkstättenarbeiter einverstanden erklärt hat. Dafür, daß die Hauptverwaltung auf die Dauer von zwei Monaten auf die Mordarbeit in den Werkstätten verzichtet, hat die Bürokratie dem Vorschlag, Forderungen einzulegen, zugestimmt. Die Tatsache, daß überhaupt Überstunden geleistet werden, ist ein Standes, der auf das Konto der Gewerkschaftsbürokratie kommt.

Gegen diese unerhörten Maßnahmen der Reichsbahnhauptverwaltung gegen das Reichsbahnpersonal, die in den letzten Tagen vom Verwaltungsrat beschlossen worden sind, muß sich die Eisenbahnerklasse mit allen Kräften zur Wehr setzen. Kein Eisenbahner darf sich der Hoffnung hingeben, daß die Gewerkschaftsbürokratie auch nur einen Finger rührt, um den Personal- und Lohnabbau aktiv zu verhindern. Es gilt vielmehr, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition die geschlossene Front der Eisenbahner gegen das brutale Ausbeutungssystem Dorpmüller zu organisieren. Dulden die Eisenbahner weiterhin ohne Widerstand den Personal- und Lohnabbau, dann wird die Hauptverwaltung noch rigorosere gegen sie vorgehen.

Deshalb kann es nur eins geben: Organisierung des Kampfes gegen die Unterdrückungsopposition der Reichsbahnhauptverwaltung und ihrer kapitalistischen Hintermänner.

Zu den vor einigen Tagen gemeldeten Entlassungen von 4000 Eisenbahnern, die die Dorpmüller-Verwaltung vornehmen will, kommen jetzt neue, alarmierende Nachrichten. Aus der Schließung der Reichsbahnwerkstätte Dortmund, durch die 340 Arbeiter zur Entlassung kommen, plant die Werkstättenleitung einen zum gleichen Termin, am 1. August, in Schwerin 270, in Mühlheim-Speckdorf 303, in Jülich 200 und in Trier 250 Eisenbahnarbeiter aufs Pfahlfuß zu legen.

Nach dem Bekanntwerden des neuen Massenabbaues von Eisenbahnarbeitern im Doppelwerk Betrieb der Betriebsrat des Reichsbahnanschießungswertes Oppeln, der unter Führung der KPD steht, eine Sitzung ein, die gegen die Entlassungen Stellung nehmen sollte. Der Betriebsrat der Reichsbahnwerkstätte Breslau und Oppeln, sowie die Betriebsräte der Eisenbahnwerkstätten von Schlesien und Oberschlesien waren ebenfalls dazu geladen, um gemeinsame Aktionen zu beschließen.

Die revolutionären Betriebsräte setzen auf Befehl der Gewerkschaftsbürokratie eine Teilnahme an der Sitzung ab. Trotz dieser Sabotage und des offenen Verrates zeigten die oppositionellen Betriebsräte den Eisenbahnern den einzig richtigen Weg. Sie wenden sich in einem Antrag an alle Eisenbahner Schließung mit der Aufforderung, für die Forderungen der KPD zu kämpfen und den Kampfwillen durch geschlossene Demonstrationen der Belegschaften in den nächsten Tagen zum Ausdruck zu bringen.

„Regierung oder Opposition — das ist von untergeordneter Bedeutung“

Eine bezeichnende Selbstenttarnung der SPD. durch den Sozialfaschisten Breitscheid

Wie die Telegraphenunion meldet, hielt der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, in Godesberg auf einer sozialdemokratischen Bezirksversammlung ein politisches Referat, in dem er der Brüning-Regierung ein offenes Koalitionsangebot machte. Eingehend befaßte er sich mit der Stellung der SPD. zur Brüning-Regierung.

Zu der ganzen Rede wurde von einem „Kampf gegen die Regierung Brüning“ selbstverständlich überhaupt nicht gesprochen. Um so mehr unterstrich Breitscheid die „positiven und systematischen Anregungen“, die die Sozialdemokratie zum „Reformprogramm“ Brüning mache. Die SPD., so erklärte er, könne sich dem Reformprogramm gegenüber nicht einfach auf die Oppositionstellung zurückziehen. Für die Notwendigkeit der Beilegung der finanziellen Schwierigkeiten (!) habe die Sozial-

demokratische Volkspartei Verständnis. Sie könne aber — so erklärte dieser Führer der SPD. „Opposition“ gegen Brüning — dem Kabinett nicht auf dem Wege folgen, den es vorschlägt (!).

Um keinen Zweifel an der Bedeutung seiner Ausführungen zu lassen, erklärte dann Breitscheid:

„Die Sozialdemokratie sehe die Opposition nicht als Selbstzweck an. Regierung oder Opposition, das sei von untergeordneter Bedeutung.“

Sozialdemokratische Arbeiter, merkt auch diese Worte Breitschelds, in denen er im Namen der SPD-Führer bei der Brüning-Regierung die schimpflichste Anbiederung, das offene Koalitionsangebot macht. Zieht daraus die Konsequenzen und kämpft gemeinsam mit der revolutionären Arbeiterklasse gegen diese Hindenburg-Regierung und ihre sozialdemokratischen Freunde in der „Opposition“.

Die SPD. gegen die kämpfenden Kumpels in Mansfeld

Der Landtag war am Montag wieder zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten. Ein Antrag der Kommunisten verlangte, die erforderlichen Mittel zur Unterstützung der streikenden Berg- und Hüttenarbeiter des Mansfelder Kupferbergbaues bereitzustellen; die Auszahlung durch die Streikleitungen der Gewerkschaftsopposition zu veranlassen und die Staatsregierung zu beauftragen, auf die Einführung des Glebenfundentages über und des Sechshunderttages unter Tag bei vollem Lohnausgleich hinzuwirken.

Die bürgerlichen Parteien waren bereit, den Antrag zur sofortigen Beratung zuzulassen. Da aber enthielt wieder die SPD. ihr arbeiterverräterisches Gesicht. Im Auftrag der Bürokratie des Bergarbeiterverbandes und des Parteivorstandes erhob sie Widerspruch. Damit hat die sozialdemokratische Fraktion verhindert, daß den 15000 Mansfelder Kumpels eine Unterstützung in ihrem gerechten Kampf zuteil wird.

Hungeroffensive der Preußenregierung gegen das Industrieproletariat der Großgemeinden

Auf der Tagesordnung der Landtagsitzung am Montag stand die Verlängerung und Wenderung des preussischen Ausführgesetzes zum Finanzausgleich in erster Lesung zur Beratung. Genosse Schwenzel legte hierbei in wirtungsvoller Weise die Auswirkungen des Hungerturmes auf, der im Reich und in Preußen durchgeführt wird.

Wie katastrophal die Notstände gerade in den Gemeinden sind, zeigt die Feststellung des dussischen Städtetages, wonach in den Großstädten Preußens die Zahl der Hilfsbedürftigen 1929

um mehr als 5 Prozent höher lag als im Jahre 1927. Nach denselben Feststellungen sind die Fürsorgeleistungen der Kommunen nur um rund 13 Prozent in derselben Zeit gestiegen.

Obwohl sich die Zahl der sogenannten Wohlfahrtsvermerkslosen mehr als verdreifacht hat — die Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen 1927 gleich 100 gesetzt, ergibt für 1929 eine Steigerung auf 321,2 — haben sich die Ausgaben der Gemeinden für die Ausgesteuerten nur wenig mehr als verdoppelt. Hier ist also durch statistische Angaben der Kommunen selbst bewiesen, daß mehr als ein Drittel der ausgesteuerten Erwerbslosen keinerlei Unterstützung — also auch nicht aus der Wohlfahrt — bezieht.

Angeichts dieser Tatsachen mag es die sozialdemokratische führte Koalitionsregierung in Preußen jetzt, den Gemeinden trotz des großzügigsten Steuerabbaus lumpige 45 Millionen anzubieten. Sie beabsichtigt damit, die Hungeroffensive gegen die werktätige Bevölkerung in den Kommunen auch noch in der Richtung vorzutreiben, daß sie die Tarife für Straßenbahn, Licht, Gas und Wasser, die Realsteuern und sonstigen neuen Belastungen ins Unendliche erhöhen, um aus dem Finanzdalle herauszukommen. Damit aber nicht genug. Die Regierung der Sozialdemokraten Braun will durch einen raffinierten Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden zugunsten der Großagrarier die kleinen Gemeinden einseitig begünstigen und damit die Großstädte und damit ihre Industriearbeiterklasse benachteiligen.

Die Arbeiterklasse erkennt aus dieser stöckreaktionären Finanzpolitik der Braun-Regierung, daß sie einzig und allein darauf bedacht ist, die Hungerkatastrophe der Trutzbourgeoisie durchzuführen.

Die Vorlage wurde dem Hauptauschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

„Volksgemeinschaft ist Verrat am Volke“

Zwei Jugendführer des Jungdo treten zum KJVD. über

Der Jugendführer des Jungdeutschen Ordens Berlin-Lichtenberg, Helmuth Borg, und das bisherige Jungdo-Mitglied Paul Ludwig, sind in die Kommunistische Jugend übergetreten. Ihren Übertritt haben sie mit einer Erklärung vollzogen, deren wichtigste Stellen wir abdrucken, weil sie bezeichnend sind für die Tatsache, daß im faschistischen und „völkischen“ Lager das Erwachen und die proletarische Tat am sich greift. In der Erklärung, die von beiden unterschrieben ist, heißt es:

„Zahrelang haben wir im Kampf für den Volksstaat der Zukunft. Alles haben wir eingesetzt, unsere Leiber, unseren Geist. Aber wir haben immer im entsetzlichen Augenblick gemerkt, daß an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nichts grundsätzlich geändert werden soll. Niemals hat der Jungdo die Ausbeutung bekämpft, weil er es auch nicht kann, weil seine Kapitalisten in seinen Reihen sind, z. B. der Industrielle Wenzel aus Großschönberg in Sachsen. Es gibt sogar einen volksnationalen Jugendführer. Diese Leute treten allerdings nicht so

öffentlich auf, denn sonst könnten die Proleten merken, was los ist. Wir haben es satt, uns von unseren Führern — meist obere Beamte und ehemalige Offiziere — drücken zu lassen für einen Staat, in dem sie den Ton angeben und nicht wir Werktätigen. Unter der Parole Volksgemeinschaft will der Jungdo die werktätigen Massen um sich sammeln, damit sie nicht zur Exekutive kommen und gegen ihre eigenen Interessen zur Erhaltung dieser Ausbeuterordnung kämpfen. Volksgemeinschaft ist Verrat am Volke. Ordensbrüder, die Ihr noch heute im Jungdo seid, und losen Ihr Euch als Ausgebeutete fühlt, wie ruhen Euch zur Nacht Schluch mit dem Jungdo, entzieht Euch der unheimlichen Volksgemeinschaftsideologie und schwenkt ein in die rote Klassenfront. Erst, wenn wir die Kapitalistenklasse zum Teufel geschlagen haben, dann scheint die Sonne ohne Unterlaß.“

Die Arbeiterklasse wird dafür sorgen, daß das Licht der Aufklärung in die weiten Kreise der vom Faschismus und der nationalen Phrasen irreführten Arbeiter dringt.

Kommunistischer Sieg bei sächsischer Gemeinderatswahl

Dresden, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fanden in Oberlungwitz die Gemeinderatswahlen statt. Sie hatten folgendes Ergebnis:

Kommunistische Partei	1385 Stimmen (6 Sitze)
Bürgerliche (Liste A)	1313 Stimmen (6 Sitze — 1 Verlust)
(Liste B)	938 Stimmen (6 Sitze — 1 Verlust)
SPD.	617 Stimmen (3 Sitze)
NSP.	81 Stimmen (— Sitze)
Nationalsozialisten	248 Stimmen (1 Sitz)

Die KPD. hat gegenüber der Landtagswahl 1929 315 Stimmen gewonnen. Die SPD. verlor 132 Stimmen, einschließlich des Rückganges bei der Allen Sozialdemokratischen Partei betrug der Verlust sogar 184 Stimmen. Charakteristisch ist die Zunahme der Nationalsozialisten aus dem bürgerlichen Lager um 174 Stimmen gegenüber der Landtagswahl 1929, und das Überwiegen sozialdemokratischer Arbeiter sowohl aus dem Lager der Allsozialisten und der verlogenen „linken“ SPD. zum Kommunismus. Ein guter Anlaß zu den am nächsten Sonntag stattfindenden sächsischen Landtagswahlen.

SPD.-Arbeiter im antifaschistischen Kampfkomitee

Auf die kürzlich in Wolfenbüttel verübten Mordfälle der Faschisten auf Arbeiter hatte die KPD. zu einer Protestversammlung aufgerufen. Die Ausführungen des kommunistischen Redners wurden von der Wolfenbütteler Arbeiterklasse mit Beifall aufgenommen und mit der Bildung eines antifaschistischen Kampfkomitees beantwortet. Dasselbe wird in den nächsten Tagen mit der Organisierung einer antifaschistischen Arbeitermehr beginnen. Dem vorbereitenden Komitee gehören außer den kommunistischen Genossen auch parteilose und sozialdemokratische Arbeiter an. Überall muß die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den mordenden Faschismus geschlossen werden.

Neue Klassenurteile in Frankreich

Paris, 16. Juni. Das Strafgericht von Reims hat die Genossen Jampay, Sekretär des Bezirksverbandes der Gewerkschaften, zu 6 Monaten Gefängnis und 1000 Franken Geldstrafe, und Michon, Sekretär der revolutionären Bauarbeitergewerkschaft, zu 4 Monaten Gefängnis und 1000 Franken Geldstrafe verurteilt. Sie waren wegen Aufreizung von Militärpersonen zu Gehorsamsverweigerung verurteilt worden.

An der Saatfront

Brief aus der Republik der Wolgadeutschen

Die folgende anschauliche Schilderung der Saatkampagne in einem Bezirk der vollständig kollektivierten in der Wolgadeutschen Republik, erhielten wir von einem Lehrgenossen der Kollektivierungsschule in U n t e r w a l d e n, Kreis Warzstadt, einem Dorf an der Wolga.

I.

Zum drittenmal sind wir in diesem Frühjahr aufs Feld gegangen. Es gilt, die Aufgaben zu erfüllen, die von der staatlichen Plankommission gestellt wurden.

Zuerst galt es, die Frühkulturen: Weizen, Gerste, Hafer unterzubringen. Am 5. April waren wir schon auf dem Felde und ohne Aufenthalt ging es, bis die Kontrollgiffen erfüllt, ja übererfüllt waren. Zum erstenmal wurde Kollektivierung in unserem Dorfe angewandt. Drei Pferdolonnen, eine Kamelolonne und eine Traktorenkolonne waren gebildet worden. Jeder Kolonne wurden bestimmte Ländereien zugewiesen. Es war herrlich, zu sehen, wie die sechs Traktoren ihre 24 Pflugscharen zogen und bei jedem Rundgang einen Hektar Land umaderten, oder 35 Pferde dicht nebeneinander gingen und ebenso viele Eggen lustig die Erdhüllen durchschnitten, oder die fünf Sämaschinen behäht und vorsichtig Korn für Korn in den Mutterboden hineinließen.

Kaum waren die Frühkulturen in der Erde, ging es an die Spätkulturen: Mais, Sonnenblumen, Hirse und Arbusen, Melonen, Kürbis und Kartoffeln. Während für Weizen sehr viel Herbstbrache war, mußte jetzt das ganze Land frisch geackert werden. Das Land war schon trockener, die Witterung kalt, starke Winde herrschten vor. Die Stimmung der Kleinmütigen wurde wankend. Es wurden schon Stimmen laut, es wäre vergebens, Spätkulturen unterzubringen. Doch einmal eingeschlagen, wurde die Linie eingehalten, bis wir fast die Kontrollgiffen erfüllt hatten. Da — segelten die Kleinmütigen, und das weitere Acker und Steden wurde zunächst eingestellt. Die Kollektivierungsschulen in unseren zwei Nachbardörfern Luzern und Sulfantal erfüllen ihre Kontrollgiffen zu mehr als 100 Prozent.

Nach einer längeren Pause sind wir wieder aufs Feld gefahren. Die Wolga ist nur halb so hoch gestiegen wie in früheren Jahren und die nichtüberchwemmten Wiesen geben fast kein Futter. Die staatliche Plankommission gab daher den Wolgadbauern neue Kontrollgiffen:

Es muß in jedem Dorfe eine bestimmte Menge Mais und Hirse gefät werden zum Grünfütter. Was unser Dorf bekam, werden wir fertigbringen, denn es bedeutet, Hunderte von Großhornvieh den Winter über zu erhalten.

II.

Dieses Wirtschaftsjahr ist für die Sowjetunion wohl wichtiger gewesen als alle anderen Jahre seit 1917. Es ging an, wie gewöhnlich, mit der Getreidesicherung, die für die wohlhabenden Schichten des Dorfes außerordentlich schroff vorgenommen wurde. Durch die alljährlich sich wiederholende Getreideverkaufskampagne und besonders durch die letzte, ist den sowjetrussischen Großbauern (Kulaken) sicherlich jede Lust, sich auf dem Spekulationswege zu bereichern, vergangen.

Die Kampagne war noch nicht zu Ende, als die Kollektivierungswelle sich erhob. Die alten Kollektivierungsschulen um das 10fache, 50fache, und neue bildeten sich spontan. Die alten Kollektive bestanden aus Landarbeitern und armen Bauern. In die neuen Kollektive gingen die breiten Massen der Mittelbauern. Die alten Kollektive lebten auf Staatskredit, die neuen Kollektive bekamen sofort eine Produktionsbasis, indem die Mitglieder ihr ganzes Arbeitsvieh und Gerätschaften mitbrachten.

Der ganze Winter verging mit Vorbereitungen. Das neue kollektivistische Leben wollte sich nicht recht einbürgern, das individualistische Element sah noch zu fest. Es wurde organisiert und reorganisiert, von vorne angefangen, wieder umgestoßen, kurz und gut, es war eine richtige Sturm- und Drangperiode. Sie hat noch nicht ihren völligen Abschluß gefunden, was auch unmöglich ist, bevor unser sowjetrussisches Dorfleben der modernen Technik entspricht.

Diese Ereignisse finden ihresgleichen nicht in der Welt-

geschichte: am 1. März 1930 waren 52 Prozent der Bauernschaft Sowjetrusslands in den Kollektivierungsschulen vereinigt und ihr ganzes Arbeitsvieh und Produktionsmittel waren vergesellschaftet. Schwer, ungeheuer schwer ist diese Periode, wo die zerrüttete, technische Intelligenz nicht im Stande ist, die Kollektivierung zu beenden, und die richtige Aufrechnung und Wirtschaftsführung ein Lebensbedürfnis geworden ist.

Der erfolgreich durchgeführte Kollektivierung entspricht die nächste Kampagne: die Liquidierung des Kulakentums als Klasse. Es war eine Probe, ob die Arbeiter an Ort und Stelle imstande waren, die äußersten revolutionären Maßnahmen gegen die gewesenen Kulaken und frühere Dorfbourgeoisie anzuwenden. Sie bestanden die Aufgabe glänzend. In unserer Gegend der kompakten Kollektivierung ist für den Kapitalismus kein Platz.

Massensturm gegen die polnischen Henker

Entreißt dem polnischen Faschismus seine Opfer!

Das Zentralkomitee der Roten Hilfe Polens richtet anlässlich der Todesurteile des Lemberger Blutgerichts gegen die Genossen Hirsch, Jugend und Propper an das Weltproletariat einen dringenden Appell, in dem es u. a. heißt:

„Das Lemberger Todesurteil hat eine ungeheure Bewegung unter den arbeitenden Massen Lembergs und ganz Polens hervorgerufen.“

Drei Todesurteile — das ist die Antwort des polnischen Faschismus auf die immer stärker wachsende revolutionäre Bewegung in Polen. Der faschistischen Regierung Polens und ihrem blutigen Anführer Pilsudski genügt nicht die Erschießung demonstrierender Erwerbsloser, die Erlösung der Färgung unter den Bauernmassen und der nationalen Befreiungsbewegung in den okkupierten Gebieten, ihnen genügt nicht die immer brutaleren Rache an den politischen Gefangenen, die Anwendung furchtbare mittelalterlicher Torturen. Unter den Bedingungen der sich immer mehr vertiefenden Krise des Faschismus und der immer gewaltiger werdenden Kämpfe des Proletariats will die faschistische Regierung durch Todesurteile für kommunistische Propaganda die arbeitenden Massen terrorisieren, ihren Befreiungskampf brechen.

Zur gleichen Zeit, da das Kreisgericht in Lemberg sein Henkerurteil sprach, empfing der polnische Faschismus im Triumph den Söldling des italienischen Faschismus,

den Außenminister Grandi. Mit dem Todesurteil gegen die drei Angeklagten im Lemberger Prozeß besiegelt der polnische Faschismus seine immer enger werdende Zusammenarbeit mit dem Bluthund Mussolini.

Das Lemberger Urteil — das ist nicht nur die Antwort auf die wachsende Färgung unter den arbeitenden Massen Polens, das ist gleichzeitig das Signal zu immer intensiveren Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Der polnische Faschismus weiß nur zu gut, daß die breiten Arbeitermassen mit Hilfe der Vorbereitungen zum Kreuzzug gegen die UdSSR. gegenüberstehen, daß sie bereit sind, das proletarische Vaterland, das den Sozialismus aufbaut, zu verteidigen.

Gegen dieses neue Verbrechen des polnischen Faschismus muß mit gewaltiger Stimme Protest erhoben werden. Aus der Höhe des Pilsudski-Polens wenden wir uns an die arbeitenden Massen der ganzen Welt mit dem heißen Appell:

Entreißt die Genossen Hirsch, Jugend und Propper den Klauen des polnischen Faschismus!

Lasset nicht zu, daß die Henkershand den Strid legt um den Hals der Kämpfer für die Befreiung des Proletariats, der Bauernschaft und der durch den polnischen Imperialismus gezeichneten Nationen!

Wachsende Unruhen

in den indischen Grenzprovinzen

London, 15. Juni. Laut Mitteilung aus Indien warfen englische Flugzeuge wiederum Bomben auf die von dem Inrangefaschismus eingenommenen Stellungen. Die Lage in den Grenzprovinzen ist nach wie vor gefährdet. Den letzten Nachrichten zufolge sind auch die bisher von der Bewegung unberührten Bezirke von Unruhen ergriffen. Indische Truppen haben die Truppen des Swastikammes in der Nähe von Dgh, nordöstlich von Peshawar, zurückgeworfen. Aber im westlichen Grenzbezirk, zwischen Beludschistan und Afghanistan, sind Truppen des Stammes ausgetauscht, die an die englischen Stellen näher rücken.

Arbeiterdemonstrationen und Zusammenstöße in China

Peking, 15. Juni. Vorgestern fanden in der Kreisstadt Tjing vor der Polizeiverwaltung große Demonstrationen der Arbeiter der Baumwollfabriken statt. Die Demonstranten forderten die Freilassung mehrerer Arbeiter, die vor einigen Tagen wegen kommunistischer Aktivität verhaftet worden sind. Die mit Eisenstöcken bewaffneten Demonstranten stießen mit der Polizei zusammen, worauf die Polizei Gewehrschüsse auf die Menge abgab und viele Demonstranten verhaftete.

Straßenbahnerstreik in Dünkirchen

Die Straßenbahner von Dünkirchen forderten eine Lohnerhöhung, und die Straßenbahngesellschaft bot ihnen eine Erhöhung des Taglohnes um 1,50 Franken an. Aber die Gemeindeverwaltung, die sich in den Händen der Sozialdemokraten befindet, weigerte sich, diesen Vertrag zu unterfertigen, wobei sie sich des Vorwandes bediente, daß durch die Erhöhung der Löhne eine Erhöhung der Fahrpreise unvermeidlich würde. Dadurch sahen sich die Straßenbahner nunmehr zum Kampfe gezwungen.

Die Tapezierarbeiter der Londoner Großbetriebe sind heute in den Streik getreten. Die 1500 Streikenden sind Mitglieder des vereinigten Tapeziererverbands.

Sowohl die vom Verband gestellten Bedingungen auf Lohnerhöhung, wie der Streikbeschuß, sind eine direkte Folge der Agitation der Minderheitsbewegung.



30. Fortsetzung

„Vielen Dank, Gustav! — Und grüße deine Frau recht schön von mir!“ Ich spreche die Bitte langsam hin, möchte, daß er das so ausrichtet, wie ich es bestelle. Er scheint das zu verstehen. Er steht vor mir, als müßte er mich, horche auf den Ton. Sein Gesicht wird weich. In seinen Augen glänzt es.

★

Sophie erwartet mich, trotzdem ich erst gegen Mitternacht eintreffe. Ich bin froh, vor ihr auspacken zu können, gehe hastig die Treppen hoch, begrüße sie unter der Tür.

„Tag, Sophie!“

„Tag, Lüftung!“

Sie steht beiseite, als ich auspacke, sieht auf die Lederbissen, legt sich, ist blaß, als friere sie.

„Dir ist wohl nicht gut, Sophie. Sieh dich vor, daß du dich nicht erkältest. Möchtest du noch etwas essen?“

„Nein!“

Ich fluche. Nicht der Gruß von Gustav, nicht das Gefühl, sich sattessen zu können, nicht meine Rückkehr, nichts vermag sie zu erfreuen. Ich sehe genauer hin, mir scheint, sie hört gar nicht auf meine Erzählung, oder nur nebenbei. Als quäle ich sie, schaut sie über die ausgebreiteten Sachen fort.

Sophi, du bist krank. — oder ist etwas vorgekommen? — Ist die Kleine gesund?“

„Ja!“

„Aber du bist so anders!“

Sie wird noch blässer, scheint sprechen zu wollen, oder aufzustehen — ihre Hände heben sich schwer, als suchten sie mich

zu fassen, dann fällt sie mit dem Gesicht auf ihre Arme und schluchzt.

Wir wird unheimlich zumute. Ich laufe nach der Kammer, sehe nach der Kleinen, — sie schläft ruhig und fest. Dann leuchte ich mit der Lampe um den Becker, sehe einen Brief und öffne:

„Sie haben sich am . . . in . . . vormittags 10 Uhr . . .“

Ich stelle die Lampe in der Küche auf den Tisch, auf dem Sophie liegt, hebe langsam ihren Kopf, schaue ihr in die geröteten Augen. Sie jagt nichts und will nichts, scheint niedergedrückt von dem Schlag, dem letzten. Liegt vor mir, zertreten nach aller verzweifelter Gegenwehr.

Butter und Speck und Kartoffeln und Eier vor ihr auf dem Tisch: Was kann es weiter sein, als Hohn für den, dem man sagt: Der Mensch, der dir alles ist — wird wahrscheinlich erschossen!

★

Ich bin überzeugt, daß ich gemahregelt bin, gehe aber trotzdem mit meinem Schein zum Reklamationsbüro. Herr Jidel — die rechte Hand der Direktion in allen Angelegenheiten — nimmt den Schein und sagt: „Ausgeschlossen, Herr Beholdt! Sie bleiben bei uns. Wir haben viele unserer besten Leute schon abgeben müssen. In Ihrer Sache werden wir alles daransetzen. Sie können ganz beruhigt sein.“

Ich weiß nicht, ob ich ihm ins Gesicht schlagen soll oder ob es dennoch Menschen geben könnte, bei denen sich die innere Aufrichtigkeit in derart widernatürlichen Formen äußert, — und gehe.

Hohenstein sieht merkwürdig ernst zu mir herüber. Er ruft nicht nach mir, trotzdem er sonst immer einige Worte mit mir wechselte.

Als ich am Abend das Tor passiere, höre ich seinen Anruf. Ich bleibe stehen, gehe dann mit ihm.

„Ich wollte Ihnen sagen“, berichtet er, „daß Herr Jidel weiter nichts will, als Sie bis zum letzten Tag in der Hoffnung zu wiegen, es würde etwas für Sie unternommen!“

Ich sehe nicht ganz klar. Ist Hohenstein tollgestellt? Ich lasse durchblicken, daß ich meine Beurteilung seiner Initiative zu verdanken habe und frage, ob eine Aenderung eingetreten sei

„Ja!“

„Müssen Sie auch fort?“

„Ich hatte des öfteren Differenzen, habe auf eigene Faust Maßregelungen verhindert, aber dieser Herr Jidel hat keine schmutzigen Finger in allen Dingen. Sie wären längst fort, hätte ich Ihre Notierung nicht einfach unterschlagen!“

„Müssen Sie auch wieder ins Feld?“

„Ich gehe freiwillig. Ich bin vielleicht in drei Wochen schon draußen. Wenn einmal die Rede davon sein sollte, dann wäre es mir lieb, daß die Arbeitererschaft erfährt, daß ich mich nicht von den den Werken überwiesenen Lebensmitteln besetzen ließ. Im Gegenteil: Was in meinen Kräften stand, Sie und viele andere zu halten, habe ich getan.“

Drei Tage vor dem Termin gehe ich zum Reklamationsbüro. Herr Jidel empfängt mich grinsend und sagt: „Ich sage Ihnen noch einmal, Sie können ganz ohne Sorge sein!“ — Dann zu der Sekretärin: „Die Sache mit Beholdt ist doch als außergewöhnlich dringend erledigt worden?“

„Es ist alles erledigt, Herr Jidel.“ Sie vermeidet, mich anzusehen.

Herr Jidel gafft mich von neuem an, als wolle er sagen: „Gegen Sie! Warum denn so mißtrauisch?“, und dann, als ich noch zögere, verabschiedend: „Sie erhalten sofort nach Eingang Befehd!“

Aber ich gehe noch nicht, auch nicht, als Herr Jidel sich demonstrativ anderen Dingen zuwendet. Ich lasse ihn erst fragen: „Wünschen Sie sonst noch etwas?“

„Ich wollte Ihnen sagen, Herr Jidel, daß Sie eine derart infame und dreckige Kreatur sind, daß ich mich wundere, daß Sie nicht längst mit dem G. R. erster Klasse hier sitzen!“

Herr Jidel legt einige Male zum Reden an. Sein häßlicher Mund unter dem lächerlich dünnen Spitz- und Schnurrbart bleibt aber in einem blöden Grinsen stecken. Er möchte aufstehen, wagt es aber nicht. Er wagt noch nicht einmal zu rufen.

„Geben Sie mir bitte meinen Schein, er liegt dort in dem Kasten, so wie Sie ihn hineingelegt haben!“

Da fühle ich, wie man mich von hinten zu packen sucht. Ich bin mit einem Satz über der Barriere, lasse einen Stuhl mit beiden Händen und sage: „Meine Herren, der erste, der herankommt, riskiert seinen Kürbis. Ich verlange weiter nichts als meinen Schein, er liegt dort in dem Kasten!“

(Fortsetzung 1916)

Rund um den Erdball

Geschaltete und geschorene Pfaffen als wütende Christenverfolger

„Der schwarze Heiland vom Kongo“

Von der christlichen Seite zur antiimperialistischen Partei

Berlin, 16. Juni. (Köln. Stille-Berichte.) Von Zeit zu Zeit geht durch die kapitalistische Presse die Meldung von den jacobinischen „Menschenverschleifern“ bei den Plantagenbewirtschaftungen sowie bei den Bahnbauten im Inneren Afrikas, vor allem im belgischen Kongostaat. Das die über Berge von Belgien gehende Profitgier der belgischen Imperialisten die Schuld an diesem „Menschenverschleifern“ hatten, wird natürlich von dieser heuchlerischen Presse verschwiegen. Tatsächlich werden heute noch wie zur Zeit der Sklavenjäger ganze Distrikte von Eingeborenen entvölkert. Das Massensterben der unglücklichen Schwarzen münzt sich für die imperialistischen Ausbeuter in klingendes Gold um.

Die Pioniere und treuesten Handlanger bei diesem Geschäft waren und sind heute noch die christlichen Missionare aller Konfessionen. Protestanten und Katholiken meisterten miteinander, um die schwarze Negerskizze von ihren Sünden und die schwarze Negerskizze von ihrer Freiheit und den Reichstümern des Landes zu befreien.

In der letzten Zeit mehren sich jedoch wieder die Nachrichten über Unruhen am Kongo, vor allem in den Hafenstädten, wo der größte Teil der Neger „befreit“ worden ist.

Haben diese ausgebeuteten Arbeitsklaven nun etwa den „Heiland aus ihrem Herzen gerissen“?

Nein, sie bedienen sich im Kampf gegen ihre Feindin der selben Waffe, die diese ihnen einst in die Hand gedrückt haben. Nämlich der Bibel! Nämlich wie die Sauren zur Zeit Thomas Münzers wollen die Neger in ihrem Reich die „evangelische Gerechtigkeit“ aufzurichten.

Viele Negerskizzen haben bereits ihre eigenen Propheten, von denen Simon Ribangi der bekannteste geworden ist. Nach dem Dorfe Kamba, wo er wohnte und lehrte, setzte bald eine wahre Völkerwanderung ein;

denn Simon kam bald in den Ruf, Wunder verrichten zu können.

Die katholischen und protestantischen Pfaffen, denen unter Ribangis Zauberhand die Schätze wie Butter an der Kongo-Lippe wegliefen, flüchten und verlangten von der Regierung, dem Wundermann das Handwerk zu legen. Doch diese hielt die Zeit zum Einschreiten noch nicht für reif.

Inzwischen aber begann die Masse, die in Kamba vom Wundermann Ribangi Erlösung von ihren körperlichen Gebrechen erliefte, zu begreifen,

daß das Hauptübel ihres Leidens in der Ausbeutung durch die profitgierigen Europäer zu suchen sei.

In die frommen Gesänge des „Heilands“ Ribangi mischten sich Verwünschungen gegen die Weißen.

Dem ständigen Drängen der Massen nachkommend, verhaftete im Mai 1921 die Regierung den „schwarzen Heiland vom Kongo“. Bei seiner Festnahme kam es zu Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Sekten-Angehörigen. Erst ein großes Militärausgebot gelang es mit drastischen Mitteln die berühmte „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen.

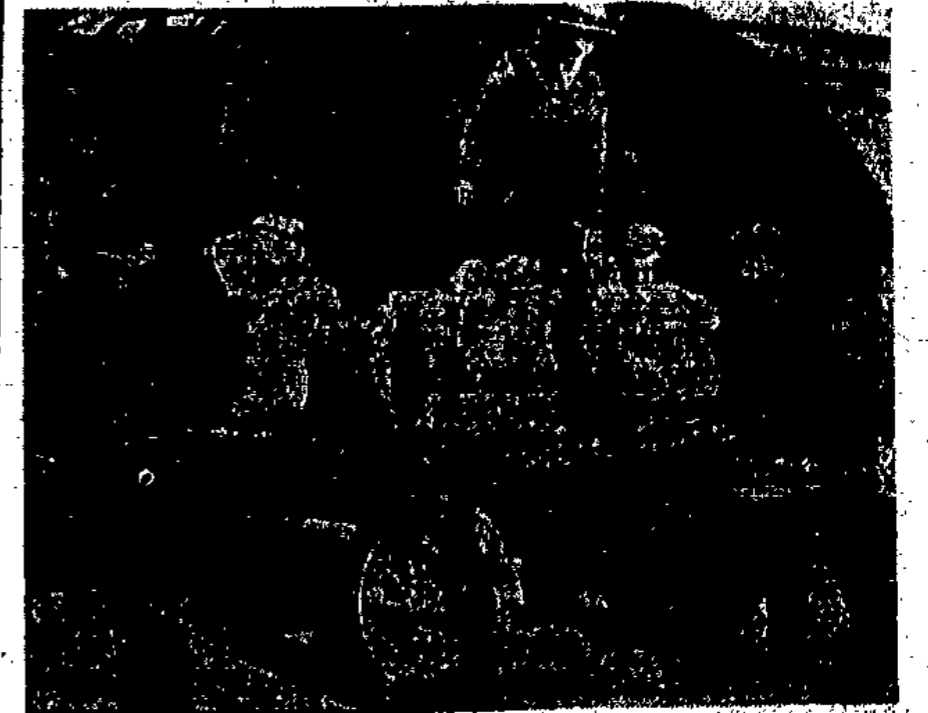
Der schwarze Messias wurde zum Tode verurteilt, zwölf seiner Jünger erhielten Gefängnisstrafen von 12 bis 20 Jahren, andere wurden zur Zwangsarbeit deportiert.

Zwar wandelte der Gouverneur aus Furcht vor weiteren Unruhen das Todesurteil für Ribangi in lebenslängliche Freiheitsstrafe um, doch alle Gläubigen, die seiner Religion weiterhin anhängen, wurden rücksichtslos verhaftet und die Kirchen geschlossen.

Doch ungenügend selbst der blutigsten Unterdrückungen verbreitet sich das Ribangi-Christentum, infolge seines sozialen Inhalts, immer weiter aus. Aus der religiösen Sekte wurde mehr und mehr eine politische, antiimperialistische Partei, deren Programm sich in der Formel „Alles ohne die Weißen“ zusammenfassen läßt. Die Ribangisten nehmen sich der Interessen ihrer gedrückten Brüder an, organisieren Versammlungen und haben bereits mehrere Male zum Generalstreik aufgerufen. An verschiedenen Stellen befolgten die farbigen Arbeiter auch diese Parole. Im großen und ganzen aber scheiterte diese Bewegung an der Indifferenz der katholisch infizierten Arbeiter des Senegal und des Kongo, denen ihre Seelenhirte für den Streikbruch Sonderpläne im Jenseits versprochen. Von den Klassenbewußten Ribangisten wurden unzählige zu langjährigen Zwangsarbeiten am Bahnbau in sumpfige Gegenden verbannt.

Es ist bezeichnend, daß die sich über ein Jahrzehnt erstreckende Christenverfolgung von den europäischen geschalteten und geschorenen Pfaffen völlig totgeschwiegen wird. Selbst die englischen „Gottesstreiter“, die bekanntlich nicht genug über die erlogenen Christenverfolgungen in der Sowjetunion gefiern können, schweigen sich über die christlichen Grauslichkeiten und fanatischen Christenverfolgungen am Kongo in allen Tonarten aus. Obwohl der Ribangismus in seinem kultischen Teil ein Ableger des Protestantismus ist. Womit die bodenlose Heuchelei und die kapitalistische Niedertracht der heutigen Kirchenchristen aufs deutlichste gekennzeichnet ist.

Künstlicher Regen in Holland



Einem niederländischen Chemiker ist es gelungen, künstlichen Regen zu erzeugen. Der Erfinder stieg vor einigen Tagen mit einem großen Fokker-Flugzeug vom Amsterdamer Flughafen zu einem Flug über dem Zuider See auf. Als der Apparat sich in einer Höhe von etwa 2000 Meter befand, wurde auf eine in einer Höhe von etwa 800 Meter über der See lagernde Wolkenschicht eine große Menge Eisgries ausgeschüttet, der vorher unter großem atmosphärischen Druck stark unterkühlt worden war. Andere Flugzeuge, die in einer Höhe von etwa 500 Meter den Flug des Erfinders begleiteten, stellten daraufhin fest, daß sich aus der Wolke ein dichter Sprühregen ergoß, der sich über eine Fläche von drei Quadratkilometer ausdehnte. Für Holland, dem Lande des Obst- und Gemüsebaues, hat diese Erfindung ungeheure Bedeutung. Unser Bild zeigt die Verladung der Säcke mit Eisgries in das Flugzeug.

Merkwürdige pommerische Bullen

Unsere auf Festung Gollnow in Pommern eingekerkerten Genossen senden uns ein amtliches Inserat des Magistrats der Stadt Gollnow, das am 21. Mai 1930 in der „Gollnower Zeitung“ veröffentlicht wurde. Darin gibt der „hochwohlwollende Magistrat“ folgendes bekannt:

Bei der diesjährigen Frühjahrsvorführung der Privatdeckschiffe im Kreise Raugard sind nachstehend aufgeführte Bullen durch die Körkommission angeführt:

- Hilmer, Gotth., Gollnow.
- Tews, Joh., Landwirt, Brandriege.
- Blaffert, O., Landwirt, Eichberg.
- Knaaf, Joh., Landwirt, Grünhorst.
- Strahburg, Rob., Landw., Gollnow-Langenhorst.

Vorgenannte Bullen sind hiermit zum Decken fremder Röhre und Färjen zugelassen. Desgleichen sind die Vereinsbullen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern angegliederten Bullenhaltungsvereine zum Decken fremder Röhre und Färjen zugelassen. Ein Mindestbetrag ist nicht festgesetzt. Die Höhe des Deckgeldes steht im Belieben der Bullenbesitzer. Die Anführung verliert ihre Gültigkeit mit der Frühjahrsvorführung 1931, mit Ausnahme derjenigen Bullen, die nur bis zum Herbst 1930 angeführt worden sind. Diese Bullen sind, soweit sie noch bis dahin nicht abgestellt sind, zur Herbstvorführung 1930 wieder anzumelden und vorzuführen. In die von der Körkommission herausgegebenen Deckbücher sind sorgfältig sämtliche Sprünge einzutragen und bei jeder Führung der Körkommission vorzulegen. Raugard, den 10. Mai 1930.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses von Gollner.
Der Magistrat.

Wie uns unsere Festungsgefangenen weiter mitteilen, gehört fast jeder der pommerischen Bauern einer Krieger- oder Stahlhelmvereinigung an. Somit ist also — zu hoffen oder zu befürchten? — daß aus der „diesjährigen Frühjahrsvorführung“ eine besonders merkwürdige Klasse von Krieger, Kriegerindoch und Reaktionär hervorgeht. Jedenfalls sind „sorgfältig sämtliche Sprünge einzutragen“.

Schweres Autounglück in Spanien

4 Todesopfer, 17 Schwerverletzte

Madrid, 16. Juni. Im spanischen Städtchen Solada fuhr ein vollbesetzter Autobus mit voller Wucht gegen eine Mauer. Dabei wurden vier Insassen getötet und 17 schwer verletzt.

Der überfallene Leipziger Kassenbote gestorben

Der am vergangenen Mittwoch bei dem von uns gemeldeten Raubüberfall schwer verletzte Kassenbote Goldacker, ist am Sonntag Morgen im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen. Von den Tätern, denen bekanntlich 15 000 Reichsmark in die Hände fielen, fehlt immer noch jede Spur.

Drei Tote bei einer Flugzeugnotlandung

Bei Lohay im amerikanischen Staat Indian streifte ein notlandendes Flugzeug einen Kraftwagen in voller Fahrt, drei Insassen des Autos wurden getötet und ein vierter schwer verletzt. Das Flugzeug ging bei der Landung in Trümmern, doch blieben der Führer und sein Begleiter unverletzt.

Erdbeben in Nordpersien

Nach einer Meldung aus Kallutta hat sich im Norden Persiens ein schweres Erdbeben ereignet, bei dem nicht weniger als zehn Dörfer vollkommen zerstört sein sollen. Die Zahl der Toten liegt noch nicht fest.

Gewitterstürme über Spanien und Frankreich

Schwere Sachschäden — Viele Todesopfer

Paris, 16. Juni. In Paris und Umgegend, in mehreren französischen Provinzen sowie in Spanien haben am Sonnabend und Sonntag schwere Gewitter gewüthet, die überall großen Schaden richteten und auch mehrere Opfer an Menschenleben forderten.

In Paris selbst hat der Blitz fünfmal eingeschlagen, darunter

in zwei Schulen und auf der bekannten Rennbahn Autenil, wo ein Stalljunge vom Blitz getötet wurde. In dem Pariser Vorort St. Mesmes wurde ein Fußgänger vom Blitz erschlagen. Eine neben ihm laufende Frau erlitt schwere Brandverletzungen. In der Gegend von Chappel hat ein schwerer Hagelsturm großen Ernteschaden angerichtet. Zwei Bauern wurden in der Gegend von Nelling vom Blitz getötet.

In Bar-le-Duc wurden ganze Stadtviertel von einem sintflutartigen Regen unter Wasser gesetzt. Die Ueberschwemmung erreichte in einigen Straßen eine Höhe bis zu 2 Meter.

In den Abendstunden des Sonntags stürzten drei Häuser ein, die aber glücklicherweise vorher von ihren Bewohnern verlassen worden waren. Zwei Frauen und ein Mann wurden von den heranstürzenden Wassermassen fortgerissen und ertranken. Eine Unmenge Haushaltungsgegenstände schwammen überall auf der Oberfläche des Wassers.

Nach Madrider Meldungen sind auch in Spanien schwere Unwetter niedergegangen.

Im Gebiete von San Lucar wurden fünf Personen vom Blitz getroffen und sind schwer verbrannt. Die Weinberge haben überall großen Schaden erlitten. Viele Haustiere sind infolge von Ueberschwemmungen umgekommen. Ein Autobus der Strecke Balenzaga-Teruel wurde von einem plötzlich auftretenden Sturm umgeworfen, wobei 18 Fahrgäste schwere Verletzungen erlitten.

Von Einbrechern in der Stahlkammer eingeschlossen

Vertwegener Bankeinbruch in Lodz

Warschau, 16. Juni. Am Sonntag nachmittag haben Einbrecher in Lodz einen Geldtresor der dortigen Handelsbank aufgebrochen. Ihre Beute beträgt weit über 200 000 Zloti.

Während sie bei ihrer Arbeit waren, wurden sie von drei Beamten der Bank überrascht. Kurz entschlossen warfen sich die Einbrecher auf die drei Männer, überwältigten und fesselten sie.

Dann schlepften sie die Beutelosigen in den Tresorraum und schloßen die schwere Eisentür zu.

Da das komplizierte Schloß beim „Knappern“ beschädigt wurde, ist es bis zur Stunde noch nicht gelungen, die Stahltür zu öffnen. Die drei Gefangenen befinden sich in dem Tresorraum in Erstickungsgefahr. Trotzdem aus verschiedenen polnischen Großstädten kontingente Geldstrahnpfadente herbeigerufen wurden, gelang es noch nicht, die Eingeschlossenen zu befreien. Nach den bisherigen politischen Feststellungen handelt es sich um eine Bande von „Lohs“ Yann.

Das geheizte Strandbad



Die neueste Errungenschaft des profitgierigen schweizerischen Fremdenverkehrs ist das geheizte Strandbad bei Arosa im Engadin. Eine komplizierte Röhrenanlage durchzieht den dortigen Bergsee und hält das Wasser gleichmäßig warm. Die nötige Wärme liefert ein Kraftwerk, das aus demselben See gespeist wird. Fehlt nur noch, daß man für den in Wohlleben und Luxus empornerten Bourgeois noch künstlichen Sonnenschein erfindet, um den Parasiten menschlicher Arbeit ein ideales Ferienparadies für alle Jahreszeiten zu schaffen. Unser Bild zeigt die reichen Arbeitslosen bei der Erholung in Arosa. Bild für Erholungs.

Kommunistische Statuanträge abgelehnt

Sozialdemokrat Frey als Ehrabschneider und Lügner gebrandmarkt — Die Reichswehreinquartierung kommt

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung war vom Debatten um die einzelnen Statuanträge beherrscht.

Die gestrigen Statuanträge wurden in einer majdnemäßigen Abstimmung abgelehnt.

Die eine Streichung der Zuschläge für Erteilung des Religionsunterrichtes vorsehen, sowie Heraushebungen der Ausgaben für Lehrmittel, Schulbücher, Turn- und Spielgeräte, Schülerbüchereien, Instandhaltung der Schulen, Schulfähigmachung kranker und unterernährter Kinder usw.

Im Gegensatz zu der Haltung gegenüber den kommunistischen Anträgen zeigte sich die bürgerliche Mehrheit um so freigebiger bei den sogenannten Privatschulen.

Zu der Abstimmung wurde der Antrag auf Streichung der 100 000 Mk. abgelehnt.

Im Gegensatz zu der Haltung gegenüber den kommunistischen Anträgen zeigte sich die bürgerliche Mehrheit um so freigebiger bei den sogenannten Privatschulen.

Zu heftigen Debatten kam es bei der Festsetzung der Preise für die Wäber.

Er begründete dieses Verlangen mit der Tatsache, daß die hohen Wäberpreise die Arbeiter und vor allem die Erwerbslosen in die freie Oder treiben, was in der Konsequenz zu einem erneuten Ansteigen der Zahl der Wäberopfer führen muß.

Die weitere Debatte löste die Absicht, die ganze 13 000 Mark laufende Volksberatung aufzuheben, aus.

Als nächster Punkt kam die Bewilligung von 10 000 Mark für die Abhaltung von Pferderennen zur Debatte.

Daß ihre preußischen Ministergenossen nicht nur Tausende, sondern Hunderttausende und Millionen für Pferdebucht und Pferderennen auswärten.

Zuschuß abgelehnt. (Der kommunistische Antrag auf Überweisung an den Wohlfahrtsrat war gegen die Stimmen der SPD. bereits vorher abgelehnt worden.)

Den Abschluß der wichtigeren Vorlagen bildete das herbeigedachte Verlangen, zur Unterbringung von an Wandern teilnehmenden Reichswehrangehörigen 1800 Mark zu bewilligen.

Genosse Jylla hatte nämlich, nachdem er sich gegen die unerhörte Forderung gewandt und den Reichswehretat kritisch zerpflückt hatte, sich die sozialdemokratische Demagogie etwas vorgetan.

Schwurgericht hinter verschlossenen Türen

Die „Arbeiter-Zeitung“ nicht zugelassen!

Mu. Bei der Schwurgerichtsverhandlung am Montag gegen eine Hausangestellte und zwei Mitangeklagte wegen Uebertretung wurde wegen „Gefährdung der Sittlichkeit“ die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

weil selbst die Justiz eingesehen hat, daß man die überalterte Gesetzgebung nicht dadurch retten kann, daß sich die Gerichte mit den Prozessen hinter verschlossene Türen flüchten

Gerade bei dem mörderischen Paragraphen 218, dem jährlich Tausende von Frauen des wertvollen Volkes zum Opfer fallen, hat die proletarische Öffentlichkeit ein brennendes Interesse daran, solche Prozesse in der Arbeiterpresse aufgerollt zu sehen.

Nächstes Sonntag: Großwerbetaq!

Breslauer Arbeitersportler!

kommt und hört den Bericht über den 1. Reichslangreg der Arbeiterportopposition und des Esfurter Treffens Mittwoch 20 Uhr im „Gelben Löwen, Oberstraße 23. Eintritt frei.

Anweisungen der Bezirksleitung

Alle Parteimitglieder heute abend in den Fraktionsfiguren. — Alle Parteimitglieder, die im Freidenkerverband sind, kommen Donnerstag um 19.30 Uhr ins Büro, Oberstraße 23.

Ein Straßenbandit, der Menschen überfährt und hilflos liegen läßt, holte sich gestern in der Vorwerkstraße sein Opfer, indem er rücksichtslos in die Familie des Arbeiters Simon aus der Großen Dreilindengasse, die die Straße überschritt, hineinfuhr.

.. Und einer der auf dieselbe Tour reißt, ist der Kaufmann Bergel aus der Terefenstraße.

Geladene Leiche. Gestern früh wurde aus der Ober, unweit vom Wapper, eine männliche Leiche geborgen.

freitag, 20. Juni, abends im naturtheater, scheinig (finkenweg)

sonnenwendfeier der ifa verbunden mit großer auto-propagandafahrt durch die Stadt

aus dem programm: musik- und liedervorträge, ansprache sprechchor, rezitationen von mitgliedern der vereinigt. theater

abfahrt der autos: 21 uhr vom brockauer platz (ost) weißbürgerplatz (nord), sonnenplatz (süd und zentrum), brigittenhal (nordost) gemeinsam abfahrt mit west, 21.30 uhr vom strieg. platz beginn der feier 22 uhr preis der teilnehmerkarte für autofahrt und eintritt ins naturtheater: 50 pfennig

bedingungslos jedes Jahr den Reichswehretat zugestimmt. Und wären sie nicht aus der Regierung gesiegen, so hätten sie ihn auch dieses Mal gestützt.

Im Schlußwort leistete sich Hugo Frey, der politisch-richtig zu dem kommunistischen Angriffen nichts sagen konnte, dafür eine unerhörte Gemeinbeil.

Er behauptete nämlich, der Genosse Jylla wäre während des Rapp-Putschs Rückenunteroffizier bei einem Freikorps gewesen.

Später bequeme sich der Ehrabschneider Frey zwar dazu, zu erklären, sich „geirrt“ zu haben, ohne daß er aber in einem einzigen Wort sich wegen seiner dreifachen Verleumdung entschuldigte.

Ueber den Schluß der Sitzung werden wir morgen berichten.

mußen. Aber das tat das Schwurgericht nicht, sondern es verdeckte sich hinter den Widerspruch des jungen Mädchens und stellte damit seine Abneigung gegen eine kritische Berichterstattung deutlich unter Beweis.

Es wäre sicher zu der Art der Beweisaufnahme gerade in dieser Schwurgerichtsverhandlung vieles zu sagen gewesen, da der Vor sitzende schon vor Verhandlungsbeginn mit großem Pathos die Geschworenen dahin belehrte, nach dem „geltenden Recht“ zu urteilen und keine Rücksicht walten zu lassen.

Mittelschlesien

An Gasvergiftung gestorben. Die am 1. Juni in ihrer Wohnung in der Kronprinzenstraße an Gasvergiftung erkrankte Ehefrau Hedwig K. ist gestern im Wenzel-Hande-Krankenhaus verstorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Diesmal die Hitze. Die Pflasterung am Nordende der Lessingstraße, die in der Frostperiode vor zwei Jahren riß, hat dieses Jahr der Hitze des letzten Sonntages nicht standgehalten.

Erwerbslosendemonstration in Brieg

Anlässlich des neuen Raubplanes, der gegen die Erwerbslosen durchgeführt werden soll, rief der Erwerbslosenausschuß in Brieg die Erwerbslosen zu einer Versammlung zusammen.

1. Abschaffung der Pflichtarbeit. 2. Erhöhte Arbeitsbeschaffung und 3. generelle Verteilung der Arbeit; denn es ist angekommen, daß man bei der Einteilung der Arbeit Gümpelingswirtschaft trieb.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Gschlitz, Wetzlar; für den Propagandateil (außer Oberbrieger): Rudolf Brandt, Wetzlar; für Oberbrieger: Fritz Bendrasch, Wetzlar; für Jauer: Karl Mandlow, Wetzlar.

Waldenburger Bergland

Schmer verletzt

Auf der Gukavgrube verunglückte in der 4. Abteilung der Bauer Heinrich Spitz aus Nothenbach durch hereinbrechendes Gestein. Die schweren Verletzungen wurde er in das Anaptychil-Lazarett Waldenburg übergeführt. — So geht es Tag für Tag. Das maßlose Antreibersystem bei der langen Arbeitszeit sind die Ursachen. Kumpel, mehr eucht Kumpel zur Industrie-Gruppen-Tagung, wo konkrete Kampfentschlüsse gefaßt werden.

Ertrinken

Am Sonntag badete der 18-jährige Dienstekochling Herbert Banek aus Weisklein mit einem Freunde im Stausee bei Kynau. Banek, ebenso wie sein Freund Nichtschwimmer, ging plötzlich unter. Ein Mann, der Rettungsversuche machte, wurde von dem Ertrinkenden an den Beinen gefaßt und in die Tiefe gezogen, so daß er nur mit Not sich selbst retten konnte. Banek ertrank; seine Leiche wurde später geborgen.

Schweres Motorradunglück

In Ludwigsdorf fuhr am Sonntagabend der Arbeiter Gottlieb aus Falkenberg dem Bäckergehilfen Bahelt aus Falkenberg, der seinen Vater und Bruder auf seiner Maschine sitzen hatte, in die Fianle. Sämtliche Personen wurden erheblich verletzt.

Oberes Ravel

Ein Auge ausgeschossen

Bei einem Ausflug in den Forstschloß wurde dem 14-jährigen Baderlehrling Kurt Enge aus Nothenbach am Sonntag mit einer Schrotbüchse das linke Auge ausgeschossen. Der Unglückliche wurde ins Landeskrankenhaus übergeführt.

Schweidnitz

Milde Strafe für Nationalsozialisten

Die by-Korrespondenz meldet: Der Redakteur Erich Goebel von dem zurzeit verbotenen nationalsozialistischen „Schlesischen Beobachter“ hatte sich vor dem Strafgericht wegen heftiger Angriffe gegen den Oberstaatsanwalt Schreiber in Schweidnitz zu verantworten. Er erhielt wegen Verleumdung und übler Nachrede einen Monat Gefängnis, jedoch mit Strafaufschub. Der Staatsanwalt hatte nur 500 Mark Geldstrafe beantragt. — Ein kommunistischer Redakteur hätte für die gleiche Handlung bestimmt eine weit höhere Strafe und keine Strafaufschub erhalten.

Niederschlesien

Die I.N.S. zum 10. Jahrestag der R.G.S.

Am 13. Juli begeht die Rote Gewerkschafts-Internationale ihren 10. Jahrestag. Dieser für das revolutionäre Proletariat aller Länder bedeutende Tag fällt in eine Periode der verschärften Wirtschaftskrise, imperialistischen Gegenstände und einer sich immer steigenden Radikalisierung der Arbeiterklasse. Die imperialistische Politik des Trustkapitalismus bringt durch die Verabreichung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Rationalisierung, Einschränkung des Arbeiterschutzes und Herabsetzung der sozialen Leistungen bei gleichzeitiger Erhöhung der direkten und indirekten Steuern und Zölle eine rücksichtslose Ausplünderung und Annebelung der arbeitenden Klasse mit sich. Das Meer der Arbeitslosen ist in den kapitalistischen Ländern auf über 20 Millionen Männer, Frauen und jugendliche Arbeiter gestiegen. Die Kapitalisten unter dem Schutze des staatlichen Zwanges eröffnen Offensiven auf Offensiven gegen die im Produktionsprozess stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen zur Verächtlichmachung ihrer Lebenslage. Die reformistischen Gewerkschaftsführer unterstützen offen die Angriffe der Bourgeoisie und die Parteiführer der 2. Internationale deden die Regierungen und Agenturen des Finanzkapitals bei ihren Maßnahmen.

In dieser Zeit, wo die Arbeiterklasse Amerikas, Englands, Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, der skandinavischen Länder, Chinas, Indiens durch die offensiven Angriffe der Kapitalisten am härtesten zu leiden hatten, standen die „Arbeiterführer“, die Führer des Sozialfaschismus, als Minister, Polizeipräsidenten immer auf der Seite der Bourgeoisie und niemals auf der Seite der kämpfenden Arbeiterklasse. Das Proletariat fand in diesen Kämpfen nur die Unterstützung des revolutionären Proletariats, das in der R.G.S. und ihren programmatischen Grundrissen und revolutionären Taten eine wirkliche proletarische Klassenorganisation auf wirtschaftlichem Gebiete erlangte.

Die Beschlüsse in der Frage der Organisation und Führung selbständiger Kämpfe durch die roten Gewerkschaften, gewerkschaftlich Opposition und Kampfleitungen, brachte unsere Organisation in engste Kampfgemeinschaft mit dieser und zu der unerschütterlichen Erkenntnis, daß die R.G.S. die erste und einzige revolutionäre Führerin der Arbeiterklasse auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Kämpfe ist.

Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, alle unsere Mitglieder aufzuwecken, sich im Sinne und Geiste der Beschlüsse zu betätigen und in- und außerhalb der reformistischen Gewerkschaften als oppositionelle Kräfte zusammenzuschließen, um so den Einfluß des Reformismus, des Sozialfaschismus zu brechen und Abwehr- und Angriffskämpfe gegen den Kapitalismus erfolgreich durchzuführen.

Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe.

Lauban

Großfeuer durch Blitzschlag

Am Sonntagmorgen gingen über die Laubauer Gegend schwere Gewitter nieder. Gegen 17 Uhr schlug der Blitz in das Gebäude der Leinwanderei Bepoldt u. Co. ein und zündete. In kurzer Zeit stand der ganze Dachstuhl des Gebäudes über und über in Flammen, so daß er völlig vernichtet wurde. Vorbereitungsmaßnahmen und Borritte wurden ein Haus der Flammen. Durch die Löschhilfe konnte verhindert werden, daß das Feuer auf das 1. Stockwerk, in dem sich die eigentliche Fabrik befindet, übergreift. Hier ist jedoch erheblicher Schaden entstanden. Der Gesamtschaden ist durch Versicherung gedeckt.

Sprottau

Was gedenkt der Magistrat zu tun

für die hungernden Arbeitslosen und Ausgehenden?
Der Magistrat von Sprottau hat schon vor einem halben Jahre von „guten Arbeiten“ für die Arbeitslosen gesprochen und wollte die „Not der Leute lindern“. Jedoch sind seine Versprechungen bis jetzt noch nicht Wirklichkeit geworden. Die Stadt Sprottau ist bekanntlich immer noch eine der finanziell am besten dastehenden Städte Schlesiens, jedoch für die Arbeitslosen wurde bis jetzt noch nichts

Die Arbeiterberufskongress findet am Mittwoch, dem 18. Juni (nicht 13. Juni) statt.

Jauer

Nazioten provozieren

Am Sonntag hatten die Jauerischen Nazioten ihre Zohnenweibe, wozu ihre Anhänger aus der weitesten Umgebung herbeigezogen waren.

Wie gewinnen wir die SPD. - Arbeiter auf dem flachen Lande?

J. G. Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für eine siegreiche proletarische Revolution ist die Hauptaufgabe der kommunistischen Partei Deutschlands. Ein großer Teil des Proletariats lebt auf dem flachen Lande. Die Landproletarier und Kleinbauern sind zum Teil in den verschiedenen arbeitervorbereitenden Organisationen organisiert, oder sympathisieren mit ihnen, ohne Kenntnis zu haben, daß sie sich in einer Organisation befinden, die die Interessen der Arbeiterklasse ist. Sie sind dort unter dem Druck der Verhältnisse. Die Sozialdemokratie wird von denen noch als Arbeiterpartei angesehen, da in ihr sehr viel Arbeiter organisiert sind.

In der SPD. erblickt das Landproletariat die Partei, welche auf dem friedlichen Wege mit Hilfe der Stimmzettel den Kapitalismus besiegen will. Die Sozialdemokratie lockt die Landarbeiter durch Versprechungen. Die Möglichkeiten hat sie dazu durch den großen Führerapparat. Sie bekommt auch jederzeit Säle zur Verfügung. Sie wendet aber auch vollkommen falsche Methoden an. Welche dem Landarbeiter, wenn er nichts von der SPD. wissen will. Bei Vertretungen lautet die erste Frage: „Bist du organisiert? Wenn nicht, so vertritt ich dich, aber du mußt Mitglied der SPD. werden! Solche und verschiedene Beispiele kann man sehr viel anführen, weil eine erbliche Kette von Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern wie Großbauern zu verzeichnen sind.

Die Kommunisten müssen die SPD.-Arbeiter für die K.P.D. gewinnen, das ist eine schwere Aufgabe, die aber nicht ohne Erfolg bleibt. Die erste Aufgabe ist: ideologische Vorbereitung durch den Verkauf der Zeitung. Allerdings gibt es SPD.-Arbeiter,

Die Nazioten benahmen sich äußerst provozierend, so daß die Arbeiter nicht wenig Lust hatten, ihnen Raision beizubringen. Die „vor-jorgliche“ Polizeiverwaltung forderte schnell Verstärkung aus Gärlich an, um ihrer Rolle, als Schlichterin und Ainderndel der Nazioten, gewachsen zu sein.

Ein Kraftwagen verbrannt. Auf der Reichswälder Landstraße verbrannte Fleischmeister Anauer jun., der mit Frau und Kind in seinem Hanomag von Wollstein kam, plötzlich große Wärme im Rücken. Im nächsten Augenblick stand auch schon das ganze Auto in Flammen. Die Insassen konnten sich rüch durch Abspringen retten, worauf das Auto im Chauffeezacken landete und völlig verbrannte.

welche die Zeitung nicht kaufen, obwohl sie uns in der Diskussion recht geben. So muß man eben mal die Zeitung verschicken. Man muß sie gleich fragen: Warum bist du Mitglied der SPD? Dann beginnt man die Schandtaten der SPD.-Führer aufzuzählen und gleichzeitig auf sein Elend hinzuweisen. Gewiß kommen die sozialdemokratischen Arbeiter auf verschiedene Ausflüchte. Sehr oft hört man: „Ja, unsere Genossen sind in der Regierung zu schwach“ oder „Wenn sie dies oder jenes nicht tun, so werden sie abgesetzt“, dann kommen die Deutschnationalen, und es wird uns noch viel schlechter gehen.“ Den sozialdemokratischen Mitgliedern ist vor allen Dingen die Deutschnationale Partei in die Stirne eingeritzt worden.

Die besten Argumente auf dem Lande gegen die SPD. sind örtliche Angelegenheiten, dann Erwerbslosenaufbau, dann Wiffell, Kottorbat, Zölle, Steuern. Man braucht die SPD.-Arbeiter vor allem an das eine Flugblatt aus den Wahlen von 1928 erinnern. Dort stand: „Alle sind Weilenkneise zur weiteren Verelendung der Arbeiterklasse. Wer keine Panzerkreuzer haben will, wer für Kinder speisung ist, der wähle SPD.“ Das sind Argumente, die wahren Tatsachen entsprechen.

Wenn wir als Kommunisten dazu übergehen, diese und ähnliche Methoden anzuwenden, wird es uns möglich sein, auch auf dem flachen Lande vorwärtszustößen. Allerdings darf man eins nicht vergessen: Es ist in den an den Städten liegenden Dörfern vorzugehen, um sich eine bessere Verbindung mit dem flachen Lande zu sichern.

Heute leben wir in einer Periode, wo erfahrungsgemäß ein großer Teil der Landproleten selbst zu uns stößt. Unsere Aufgabe ist es sofort, solche Proleten nach Symptomatisierenden zu fragen, diese zusammenzurufen in irgendeine Wohnung, dort einen kurzen informativischen Vortrag zu halten, um die anderen mitzureisen. So entstehen auf dem Lande kommunistische Ortsgruppen. Man darf allerdings die neugewonnenen Arbeiter nicht vernachlässigen, denn die SPD. wird alles versuchen, um ihre Getreuen wieder „in Ruhe- und Ordnungsbahnen zu lenken.“ Also, Genossen, heran an die Arbeit! Die sozialdemokratischen Arbeiter auf dem flachen Lande, auch die gehören in die revolutionäre Klassenfront!

Anmerkung der Redaktion: Vorstehender Artikel ist von einem schlesischen Parteifunktionär auf Grund seiner eigenen erfolgreichen Erfahrungen. Wir fordern alle Leser und Genossen auf, die im Artikel enthaltenen Anregungen zu beachten und uns weitere Mitteilungen über die Arbeit auf dem flachen Lande zu machen.

gen. Für andere Zwecke, wie z. B. zur Errichtung von Denkmälern sowie zur Abhaltung von Festlichkeiten ist Geld vorhanden. Man hört wohl bereits vier Wochen, daß der Magistrat sich mit dem „Gebanten trägt“, den Erwerbslosen eine Wirtschaftsbekämpfung zu geben, die Auszahlung hat aber bis heute noch nicht stattgefunden. Die SPD.-Stadtverordneten rühren sich nicht, sie sitzen wie Strohpuppen im Stadtparlament. Arbeiter, Erwerbslose, schließt euch zum energischen Kampf um eure Forderungen zusammen!

Sehr unangenehm fiel das Verhalten der sogenannten „Jungschützen“ bei dem letzten Schützenfest auf. Sie nahmen bei ihrem Gehen durch die Lindenstraße die ganze Straße allein für sich in Anspruch. Merkwürdig war, daß die Polizei gegen ein solches Verhalten nichts einzuwenden hatte. Anders allerdings wäre es gewesen, wenn seitens der Arbeiter eine Demonstration stattgefunden hätte, dann hätte bestimmt die Polizei von ihrem Gummimüppel Gebrauch gemacht. Außerdem sagt man immer, es sei kein Geld vorhanden, das konnte man allerdings bei dem Schützenfest nicht feststellen. Es wurde da Bier in sehr reichlichem Maße konsumiert. Ein Zeichen von einer sehr „sparsamen Wirtschaft“.

Liegnitz

Folgeschweres Motorradunglück

Am Sonntag gegen 16 Uhr ereignete sich in Neurode ein folgeschweres Motorradunglück. Die etwa 40-jährige Frau des Eigendehers Kuppe aus Liegnitz fuhr mit ihrer neunjährigen Tochter direkt in ein von Lüben kommendes Motorrad. Der Motorradfahrer, der Schweizer Johann Haase aus Döhrnitz, stürzte und erlitt schwere Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung; seine 18-jährige Mitfahrerin kam mit Hautabschürfungen davon. Der Frau wurden die Brust des linken Schenkels zerrissen, während ihre Tochter nur leichte Verletzungen erlitt. Die beiden Schwerverletzten mußten in Liegnitzer Krankenhaus überführt werden.

Rundfunk-Programm

- Mittwoch, 18. Juni.
- 16.00: Selene Heinz: Mitten durch Schweden.
 - 16.30: Kololo-Musik. Schallplatten.
 - 17.30: Jugendstunde. Der Kurzwellen-Amateur. — Fahrt ins Burgland.
 - 18.00: H. v. Helfer: Bildende Künstler als Schriftsteller.
 - 18.25: Dr. Siegmund: Das Werden der Lebenswelt.
 - 18.50: Gleiwitz: Aus einem Arbeiterstreik.
 - 19.15: Abendmusik. Suppé: Duo. — „Hörst du, Bärchen.“ — Jonts-Riesler: Rimosowalzer. — Friedemann: Slawische Klavierspiele. — Coriolani: Bassa la Serenata. — Faust: Die Gloden von Prag; Der Vater des Regiments.
 - 20.00: E. Landsberg: Bild in die Zeit.
 - 20.30: Urfassung: Kummelplatz. Hörspiele für Musik von Fr. Hof. Engel: Musik von R. Gula.
 - 21.30: Berlin: Etanil. Akademie der Sozialwissenschaften für Musik: Rundfunkkonzert der Musikabteilung. Daphnis von Rod. Seit. Paul Dellen. Dirigent: Der Komponist.
 - 22.25: G. Krippel: Eine Fahrt nach Schweidnitz und Rimmelsath.
 - 22.40: Festschriftlicher Briefkasten.

- Donnerstag, 19. Juni.
- 15.40: Marienbild. Legendenspiel von Maxfried Hansmann.
 - 16.45: Appert: Idealismus. Mozartiana. — Sibyllen: Elegie. — Dörrat: Legende. — Albani: Capriccio catalan.
 - 17.30: Baderstunde. Neue katholische Literatur.
 - 18.00: H. v. Helfer: Bildende Künstler als Schriftsteller.
 - 18.25: Günther Jordan: Empfang beim Volk.
 - 18.50: Gleiwitz: Klavierkonzert. Erwin Barth.
 - 19.30: Musikalisches Rätselraten auf Schallplatten.
 - 20.00: R. Berg: Der Kranenplattenspieler in Arbeit und Beruf.
 - 20.30: In drei Bildern: E. Postelwitz und Sam. Kaufmann.
 - 21.00: Jagd auf Meisen und Gekrönte Kranzschützen von Robert Kemmann.
 - 21.40: Fiederstunde. Willy Heyel (Parisien).
 - 22.45: Gleiwitz: Unterhaltungs- und Tanzmusik. Kapelle Franz von der Heubl.

Circus Carl Hagenbeck

aus dem weltberühmten Tierpark Stellingen bringt nach Breslau:

Tierdressuren in unerreichter Vollendung:

20 Löwen, 20 Eis-, Braun- und Kragenbären
25 Bengal-, Sunda- und sibirische Tiger,
12 Elefanten, Zebras, Guanacos, Zebus, Antilopen,
Büffel, Kamele, Seelöwen

Einzig in der Welt — in keiner anderen Manege gezeigt:

Safari, der afrikanische Elefantenbulle
Armida, die Elefantilope
zwei Walrosse, als Musikanten

100 edle Vollblüter — die Auslese internationaler Zucht

in Freiheit, Parforce, Voltige und unter dem Sattel
vorgeführt von Meister-Dressuren, Voltigeuren,
Reitern und Reiterinnen

Artisten von Weltklasse

unübertreffliche Leistungen auf Schleuderbrett,
Trapez und dreifachem Reck, dazu das
Hagenbeck-Ballett u. Original-Clowns

Ein klassisches Circus-Programm — bunt und spannend!

Eröffnung: Freitag, 20. Juni, abends 8 Uhr

Sichern Sie sich Karten im Ververkauf!
Verkehrsbüro Barasch, Tel. 52641
Zigarrengeschäft Gajewski, Neue Taschenstr. 16
(am Bahnhof), Tel. 58808

Nur ganz kurze Zeit!!

Monatliche Gemeinde E. V.

Breslau
Ortigr. des Volksbundes f. Sozialfreiheit

Mittwoch, den 18. Juni 1930, 20 Uhr

Vortrag

im Saal Grünstraße 14/16

Sprecher:
Dr. phil. G. Kramer

Thema:
„Friedrich Naumanns Glaubensbekenntnis“

Eintritt frei Jedermann hat Zutritt

Partei- genossen! Beachtet

be. allen Einkäufen
immer nur unsere
Inserenten!

Die Fabrik als Schule

Die Fabriksschule der Turbinenabteilung des Stalin-Werks in Leningrad

Die Turbinenabteilung der Fabrik „Stalin“ in Leningrad ist die größte in der Sowjetunion. Hier wurde vor kurzem eine Wasserturbine von 17 000 PS, die erste solchen Umfangs in der Sowjetunion, gebaut. Die zweite steht vor ihrer Vollendung; eine dritte wird montiert.

Bis 16 Uhr ist der Riesensaal, der sich unter dem Glasdach, in Licht gebadet, gleichsam wie ein Treibhaus ausbreitet, von Lärm und Bewegung erfüllt. In den späteren Nachmittagsstunden stirbt das Leben allmählich ab, und nur an wenigen Werkbänken wird noch gearbeitet. 17 Stunden Ruhe. Wie seltsam. Überall ist die Arbeit in vollem Gange, ergießt sich der breite Strom der zweiten Schicht in die Tore der umliegenden Fabriken, hell erleuchtet sind die gewaltigen Fenster der Textilfabriken. Nur unser Gigant ist nach sieben Stunden zur Ruhe gezwungen. Eine zweite Schicht würde den Bau noch eines solchen Werkes — ohne Kapitalinvestitionen bedeuten. Eine zweite Schicht steht aber nicht zur Verfügung. Die Kader der qualifizierten Arbeiter sind erschöpft. Man muß neue ausbilden.

Unter dem Glasdach der Turbinenabteilung, inmitten der zum Feiern gezwungenen Maschinen begreift man so richtig, warum gerade hier zum erstenmal der Gedanke an die Fabrik als Schule auftauchte. Der Gedanke mußte in diesem, nach den letzten Errungenschaften der Technik eingerichteten Werk beim Anblick der nach kurzer Unterbrechung immer wieder zur Unfähigkeit gezwungenen Maschinenanlagen entstehen.

Das Problem der Kader

Die Fabrik wurde allmählich zur Lehranstalt. Eine Schule für Lehrlinge, Abendkurse für Techniker und Meister, Kurse zur weiteren Ausbildung der Arbeiter fanden in den Fabrikräumen Unterkunft. Eine neue Abteilung, eine Abteilung für die „Produktion von Kadern“ wurde ins Leben gerufen.

Die Fabrik verwandelte sich in eine Schule und blieb dabei Fabrik. Die Arbeit durfte nicht den Unterricht stören, der Unterricht nicht die Arbeit verschlechtern. Die Kommission, deren Aufgabe es ist, die Innehaltung des Produktions- und Finanzplans zu überwachen, betrachtete mit mißtrauischen Augen das Eindringen der „Pädagogik“. Die Wirtschafter und Arbeiter begrüßen zwar das Neue, verbergen aber dabei ihre inneren Zweifel. Das Lexikon des Fabriklebens bereicherte sich durch neue Wortbildungen: „Wenden Sie sich an den Genossen...“ sagt man mir, „er ist unser Fachmann für das Kaderwesen.“

Die „Produktion von Kadern“ beginnt wie auch der Bau von Turbinen mit dem Entwurf einer Zeichnung, eines Plans, der später in allen Einzelheiten ausgearbeitet wird.

Hörsaal neben Maschinenraum

Die Fabrik als Schule hat im Entwurf folgendes Aussehen: Neben den Fabrikgebäuden erhebt sich ein neues Gebäude für die Kader. Es muß aber erst gebaut werden. In ihm sind alle Werkstätten, Laboratorien, Hörsäle usw., untergebracht.

1. Schule für die Lehrlinge;
2. Erste Stufe der Fabrik als Schule; Belegschaft 1000 Mann; zwei Jahre Unterricht, „Produktion“ von qualifizierten Arbeitern;
3. Technikum für 1000 Hörer, zwei Jahre Unterricht, ausgebildet werden Techniker;
4. Technische Hochschule für 500 Personen, 2 1/2 Jahr Unterricht; ausgebildet werden Ingenieure, Spezialisten für den Kessel- und Turbinenbau.

Die Technische Hochschule ist die letzte, höchste Stufe der Fabrik als Schule. Aber alle Glieder sind wichtig. Die Fabriken brauchen Ingenieure, sie brauchen aber ebenso dringend als Techniker ausgebildete Meister und qualifizierte Arbeitskräfte. Es wäre falsch, nur leitendes Personal zu schulen, ohne sich um das mittlere zu kümmern. Die eine Stufe ist mit der anderen unmittelbar verbunden, sie ist aber gleichzeitig auch selbständig.

Jeder Arbeiter der Fabrik „Stalin“ kann nach Wunsch Lehrling, Hörer oder Student werden. Die erste Stufe kennt keine Beschränkungen, sie setzt nur eine elementare Ausbildung voraus. Technikum und Hochschule ziehen schon eine Altersgrenze: 42 beziehungsweise 38 Jahre. Auch bestimmte praktische Erfahrungen werden zur Bedingung gemacht. Der Besuch des Technikums ist von einer siebenjährigen, der Hochschule von einer neunjährigen Betätigung in der Produktion abhängig. Für solche, die die in der Schule erworbenen Kenntnisse vergessen haben, werden Vorbereitungsgruppen eingerichtet.

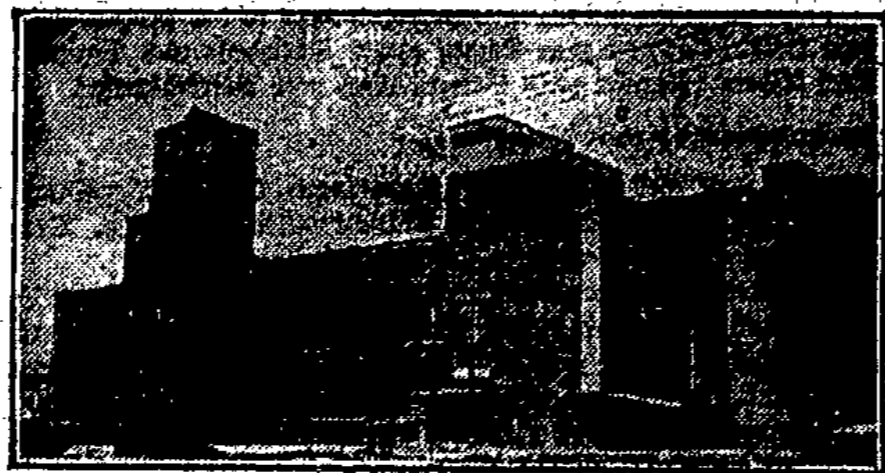
Die Organisation der Fabriksschule

Eine sehr komplizierte Frage, deren endgültige Lösung sich erst auf Grund der unmittelbaren Erfahrungen wird finden lassen, ist die Verteilung der Unterrichts- und Arbeitsstunden. Nach dem provisorischen Plan erfolgt die Ausbildung in der ersten Stufe dreimal in der Fünftageswoche zu vier Stunden (im Sommer drei). Die siebenstündige Arbeitszeit muß un-

bedingt innegehalten werden. Die Arbeiter, die das Technikum besuchen, brauchen im zweiten Jahr bei ungekürztem Lohn nur die Hälfte der normalen Zeit arbeiten. Das gleiche gilt von der Hochschule. Die Regelung ist dabei getroffen, daß man nicht etwa buchstäblich einen halben Arbeitstag an der Werkbank steht und die andere Hälfte des Arbeitstages die Schulbank drückt. Die Einteilung kann auch folgende sein: 10 Tage Arbeit im Betrieb und 10 Tage Besuch der Schule oder jeweilig 30 Tage. Selbstverständlich macht eine solche Organisation der Arbeit die Heranziehung neuer qualifizierter Arbeiter als Ersatz für die lernenden notwendig.

Die Frage der Lehrkräfte

Die andere komplizierte Frage ist die Ausbildung von Lehrkräften. Verhältnismäßig günstig ist die Lage mit den eigentlichen Lehrkräften, besonders in den beiden ersten Stufen. Man hat Ingenieure der Fabrik herangezogen, die sich auch schon vorher teilweise mit Unterricht beschäftigt haben. Für solche, die die rein praktische Seite beherrschen, aber in der



Neue Arbeiterkolonie in Iwonowo-Wossnessensk.

Methodik des Unterrichts unsicher sind, werden Kurse eingerichtet. Schwieriger ist die Lösung der Frage hinsichtlich der Besetzung der Lehrstühle, Auswahl der leitenden Pädagogen zur Ausarbeitung des Unterrichtsprogramms und für die Kontrolle seiner Durchführung. Professoren auf bestimmten Fachgebieten sind nicht sehr dicht gesät. Soweit sie vorhanden sind, sind sie schon jetzt mit Vorlesungen überlastet. Die „Produktion von Kadern“ ist aber nicht nur in der Fabrik „Stalin“ aufgenommen. Man organisiert eine richtige Jagd auf Professoren.

Neben der mittleren und höheren Schule für Kesselbau in der Fabrik „Stalin“ sind im Polytechnikum und in technologischen Instituten besondere Abteilungen für das Kessel- und Turbinenwesen eingerichtet. Sie sollen mit der Schule in der Fabrik „Stalin“ zu einer neuen Lehranstalt zusammengefaßt werden, die 3000 Hörer, Arbeiter- und Bauernjugend, zählen und auf die ununterbrochene Arbeitswoche eingestellt sein wird.

Produktionserziehung und Wissenschaft

Die Vereinigung ist notwendig und unvermeidlich. Es wäre nicht zweckmäßig, zwei neue Gebäude zu errichten und die wenigen pädagogischen Kräfte noch zu zersplittern. Die Fabrik wird zum Institut, aber auch das Institut ist bestrebt, sich in eine Fabrik zu verwandeln. Beide wollen aber nicht zunächst bei der Vereinigung ihr „Gesicht verlieren“. Es läßt sich kaum definieren, was unter dem „Gesicht“ verstanden wird. Tatsache ist aber, daß ein solches vorhanden ist. Die Stärke des Technologischen Instituts sind seine wissenschaftlichen Kräfte, die Professoren. Man hegt ein gewisses Mißtrauen zu der wissenschaftlichen und pädagogischen Leitung der Fabrik und möchte gern in der neuen Hochschule die ganze Leitung selbst in die Hände nehmen. Die Fabrik soll sich die administrative und wirtschaftliche Seite als Domäne bewahren, dem Institut muß aber das Recht auf Besetzung der Lehrstühle, Ausarbeitung der Lehrpläne und Programme eingeräumt werden.

In der Fabrik schreckt man davor etwas zurück. Hier ist die Arbeiteröffentlichkeit die treibende Kraft, hier spürt man die proletarische Energie und jenen „lokalen Patriotismus“, der in der ersten Zeit sogar notwendig ist, weil er einen gewissen Anreiz zur Initiative gibt. Wie wohlwollend auch immer die Professoren den Arbeitern entgegenkommen, so ist doch ihr Gewicht so groß, daß ihr Einfluß bei einer vollständigen

Vereinigung recht kräftig zum Ausdruck kommen muß. Daher leistet man in der Fabrik, obwohl man die Notwendigkeit des Zusammenschlusses sehr wohl erkennt, in der Frage einer einheitlichen Regelung der Führerfrage noch einen gewissen Widerstand. Die Praxis dürfte aber auch hier die beste Lösung finden.

Von der Maschine zur Schulbank

Die Pläne einer Fabriksschule hängen in den besonders dazu bestimmten Abteilungen aus. Sie wirken sehr verlockend. Es wird aber noch geraume Zeit verstreichen, bis sie zur Realität werden. „Fleisch und Blut“ sind sie bereits geworden, an den lebendigen Kräften mangelt es nicht.

Vorläufig, bis zur Errichtung der geplanten Gebäude, sind drei Zimmer eingeräumt, in denen ständiges Kommen und Gehen herrscht, Berge von Problemen gelöst werden. Man plante die Eröffnung der Schule im September. Sie ist aber schon jetzt teilweise sozusagen im Betrieb. Man wollte anfänglich ein Gebäude für 3000 Hörer errichten. Die Vereinigung mit der Kessel- und Turbinenabteilung des Technologischen Instituts hat aber alles auf den Kopf gestellt. Jetzt wird schon von Unterrichtsräumen für sechs- bis siebentausend Hörer gesprochen.

Die erste Stufe mit 330 Arbeitern als Teilnehmer ist schon seit dem 15. Mai eröffnet. Am 15. Juni wird die zweite Stufe, das Technikum, vorläufig mit 120 Arbeitern, in Gang gesetzt werden. Der Betrieb ist schon jetzt außerordentlich reger. Kaum haben die Lehrlinge die Bänke verlassen, so nehmen schon die Arbeiter der ersten Stufe Platz, nachdem sie ihre sieben Stunden abgearbeitet, sich die Hände höflich gestäubert und (nicht immer) zu Mittag gegessen haben. Sie werden wiederum durch die Studenten des Technikums abgelöst.

So entsteht in der Sowjetunion eine neue Art von Lehranstalt, die Fabrik als Schule. Sie wird, wie die ersten Erfahrungen lehren, die Erwartungen sicherlich erfüllen und mit-helfen, den dringenden Bedarf an gelehrten Arbeitskräften, an geschulten Kräften des sozialistischen Aufbaues zu decken.

D. Saslawski (Moskau).

Geächtet!

Proletarisches Urteil gegen Schällinge und gefaufte Lumpen

WTB Moskau, 13. Juni. Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion verhandelte heute gegen den ehemaligen Leiter der Rauchwarenabteilung der Partien Sowjethandelsvertretung, Baitin, und den ehemaligen Fachmann der Holzabteilung derselben Handelsver-

Die Feinde des Fünfjahrplans



treterung, Stromberg, die sich beide geweigert hatten, nach der Sowjetunion zurückzukehren. Beide Angeklagten wurden des Hochverrats für schuldig befunden und für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt. Ihr Eigentum wird eingezogen.

Durch Zeugenaussagen wurde, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, nachgewiesen, daß Baitin als ehemaliger Berater der Holzabteilung der Arcos in London mit mehreren französischen Firmen in Verbindung stand und von ihnen Bestechungsgelder empfing, wofür er ihnen Vergünstigungen gewährte, Kalkulationen fälschte und andere Verletzungen beging, die dem Staats ungeheuren Schäden verursachten. Auch Stromberg war laut Zeugenaussagen von ausländischen Firmen bestochen worden und gewährte ihnen dafür ungesetzliche Ermäßigungen, wodurch die Sowjetholzeportorganisationen um 400 000 Rubel geschädigt worden sind.

Neues Riesenkraftwerk bei Leningrad

Leningrad, 12. Juni. Am Newanser, 36 Kilometer von Leningrad, ist der Bau eines neuen Großkraftwerks mit einer Leistungsfähigkeit von 300 000 Kilowatt begonnen worden. Die Leistungsfähigkeit übersteigt die des bekannten Wolchowkraftwerks um das Mehrfache. Das neue Kraftwerk ist auf Torfenergie berechnet. Die Baukosten sind mit 130 Millionen Rubel veranschlagt.

„Trud“ teilt mit, daß das Werk „Krasny Proletary“ in Moskau in den letzten Monaten glänzende Erfolge zu verzeichnen hat. Die Fabrik produziert Drehsätze und Versetzungen. Das Programm wurde im April mit 110 Prozent, im Mai mit 114 Prozent erfüllt. Das Werk „Stalin“ hat im Mai 105 Prozent des Monatsplanes für Eisen und 100,1 Prozent Stahl erfüllt. Die Waggonfabrik „Proletary“ hat in der Reparatur ebenfalls bedeutende Erfolge zu verzeichnen und den Plan überschritten.

Bäuerinnen in der Lesestunde



Oberschlesien

Gleitwitzer Arbeiterchaft organisiert die antifaschistische Abwehrfront!

Gründung einer antifaschistischen Arbeiterwehr

Angesichts der sich immer mehr häufenden Überfälle faschistischer, von den Unternehmern gelieferter und ausgeharterter Korbhandliten, auf revolutionäre Arbeiter, haben auch die Gleitwitzer Arbeiter die Notwendigkeit der Schaffung einer proletarischen Abwehrorganisation erlangt. Am Freitag, dem 13. Juni, fand in den „Vier Jahreszeiten“ eine öffentliche, gut besuchte Gründungsverammlung der antifaschistischen Arbeiterwehr statt. Die Versammlung erstreckte sich nicht nur eines großen Interesses der Gleitwitzer Arbeiter, sondern die Polizei hatte auch ihre „Späher“ in diese Versammlung entsandt. Daß diese nicht auf ihre Kosten gekommen sind, verdanken sie nur dem Scharsinn der Gleitwitzer Arbeiter, die gut wissen, wie man polizeiliche Schaulustler verhindern kann.

In obiger Versammlung sprach der Genosse Selbmann über die Rolle des Faschismus und insbesondere über die Rolle und Tätigkeit der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. In Hand von Briesen nationalsozialistischer Führer an ihre Geldgeber, den Inhabern und Direktoren großer Betriebe und Banken, zeigte Genosse Selbmann das wahre Wesen der NSDAP. auf. Unterstützt von den Unternehmern, wobei auch Geldpenden jüdischer Bankiers, und selbst französischer Nationalisten nicht verschmäht werden, hat sich die NSDAP zur Aufgabe gestellt, wie es in einem Brief der Schwarzenbacher Orts-

gruppe an die Unternehmer heißt: „diesen bolschewistischen Gorden mit rotester Gewalt entgegenzutreten“. Die Arbeiterchaft muß aus dem Vergangenen lernen; muß auf die unzähligen Überfälle und Morde auf und an revolutionären Arbeitern durch nationalsozialistische Korbhandliten mit der Schaffung proletarischer Abwehrorganisationen antworten. Starke Beweise, daß auch die anwesenden Arbeiter die Notwendigkeit der Gründung einer proletarischen Arbeiterwehr erlangt haben, was auch in den Ausführungen parteiloser Arbeiter, die in der Versammlung das Wort ergriffen, zum Ausdruck kam.

In der Versammlung erklärten schon eine große Anzahl von Arbeitern ihren Eintritt in die antifaschistische Arbeiterwehr. Mit einem „Hoch“ auf die gegründete Arbeiterwehr, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten, wurde die Versammlung geschlossen. Der sozialdemokratische Kriminalbeamte Reimann konnte sich nicht verneinen, am Schluß der Versammlung auf der Straße, die Personalisten eines Kumpels, der ebenfalls in der Versammlung gesprochen hatte, festzustellen, da selbiger dem Reimann noch nicht bekannt war, und Reimann das Vertrauen hatte, auch seinen Auftraggebern einen lügenhaften Bericht über die Versammlung zu liefern. Das alles kann aber die Gleitwitzer Arbeiterchaft nicht hindern, mit aller Kraft an dem weiteren Ausbau der antifaschistischen Arbeiterwehr mitzuarbeiten.

Vor allem die Betriebsarbeiterchaft muß in den großen Betrieben rote Betriebswehren zum Kampf gegen National- und Sozialfaschismus bilden. Parole: Kein Betrieb ohne rote Betriebswehr!

Das Werbekomitee tritt zusammen
Mittwoch, den 18. Juni, 20 Uhr, Sitzung des Werbekomitees für die „Arbeiter-Zeitung“ im alten „Schützenhaus“. Alle Organisationen haben dazu ihre Vertreter zu entsenden.

Seinen Lehrlingen blutig geschlagen

hat heute am 12. Juni der Fleischermeister Dohs in von der Zimmerstraße. Es ist, daß die meisten Fleischer sich das Recht anmaßen, die Lehrlinge zu schlagen. In der Werkstatt des Fleischer Dohs in fällt dem Lehrling bei der Arbeit ein Stück Fleisch auf den Fußboden. Dieser Rohling von einem Fleischer nimmt einen Runderstampf und schlägt den Lehrling so lange, bis ihm Nase und Mund bluten und das Gesicht aufgeschlagen ist. Wahrscheinlich hätte dieser Lehrling noch den Lehrlingen folgen lassen, wenn die Hausbewohner diesen nicht in Schutz genommen hätten. Es ist nicht das erste Mal, daß Dohs die Lehrlinge auf die brutale Weise mißhandelt. Er denkt, mit Weissen kann er machen was er will. Was sagt die zuständige Behörde zu solchen Vorgängen. (Jugendschutz!) Als der Lehrling dann eine Krankenbescheinigung verlangt, um in ärztliche Behandlung zu gehen, wurde ihm diese verweigert. Dohs lebt ja meistens von Arbeiterlandschaft, diese müssen ihm, da er noch die Keule der Gesetzgebung braucht keine Arbeiter als Kundschaft, dafür die Qualifikation geben.

Kinderspielplätze in Oppeln

Der vielgeplagte deutsche Ordnungssinn wird meistens da vermisst, wo Proletarier wohnen oder sich aufhalten. Ganz besonders ist dies an den Kinderspielplätzen in Oppeln zu merken. Von Kräftefall fällt dies am Friedrichsplatz ins Auge. Der Friedrichsplatz, als Platz für die Bourgeoisie (denn der Prolet geht wegen seiner schlechten Schuhe meist nicht hin) ist gut gepflegt. Der angrenzende Kinderspielplatz dagegen verwahrheitet und staubig wie in der Widnia. Warum dort diese Nachlässigkeit? Weil die Kinder der Kinderbeschäftigten dort spielen sollen? Es wird erbt, daß sich die Stadtverwaltung mal um die Spielplätze kümmert, sie sprengen läßt und für guten Sand in den Kästen sorgt. Mehrere Einwohner.

Herr Imle „erklärt“!

Am Opperener „Kurier“ vom 10. Juni 1930 erscheint eine Erklärung, unterschrieben vom Zentrumsparteisekretär W. Imle, die den Zweck haben soll, die vom uns berichtete Bergeschicklichkeit des Herrn Imle in bezug auf seine Briefstasche bei einer „Brennpriesterin“ abzustreiten. Herr Imle „will eine eideschwurartige Erklärung in der Hand haben“, welche die Haltlosigkeit unserer Behauptung beweist. Dieses Material habe er (also der Blamierte) der Parteileitung abgegeben. Wir sind deshalb sehr gespannt, was seine Parteileitung als ihr Prüfungsergebnis der Deffektivität mitteilen wird.

Wir haben nur den einen Wunsch, daß wir mit einem beschleunigten Verfahren rechnen können, denn auch wir haben noch viel in Sachen Imle auf Lager, was wir der Deffektivität nicht gern vorenthalten möchten. Im übrigen, warum geht Herr Imle, was doch sonst derartige Leute immer sehr schnell tun, nicht zum Gericht und verklagt die „Arbeiter-Zeitung“? Es fehlt ihm sogar der Mut, das wenigstens anzulandigen, denn er möchte nicht gern haben, daß selbst das bürgerliche Gericht die für ihn zweifellos sehr peinlichen Feststellungen vornehmen müßte. Interessant und bezeichnend ist der Umstand, daß die Redaktion des „Kuriers“ diese Erklärung ohne ein Wort des Kommentars ihren Lesern vorsetzte. Wir haben, das erklären wir ausdrücklich, nichts von dem über Herrn Imle Berichteten zurückzunehmen, sondern halten alles aufrecht. Im übrigen warten wir auf das, was der Parteivorstand des Zentrums zu dieser Sache zu sagen hat und werden dann mit weiteren Beweisen auftreten.

Bis dahin auf Wiedersehen, Herr Imle!

Elternbeiratswahlen an den Volksschulen. Die Kandidatenlisten für die Neuwahlen der Elternbeiräte der hiesigen Volksschulen — einschließlich der Hülfschule — liegen von Montag, dem 16. Juni bis Sonnabend, dem 22. Juni d. J. einschließlich, während der Dienststunden im Schulbüro, Rathaus, 2. Stock, Zimmer 20, zur Einsichtnahme aus.

Groß-Döbern. Straßenend. Die Beschaffenheit der Chausseestrasse von Döbern nach Karlsruhe ist furchtbar. Wer benutzt diese Straße zu Fuß? In der Hauptsache die Proleten! Darum fordern wir aus hygienischen Gründen, daß die Chaussee gut asphaltiert wird.

Hindenburg

Kämpft gegen den Hunger-Stat!

Auf zu den öffentlichen Volksversammlungen am Mittwoch, dem 18. Juni 1930, abends 7 Uhr, Hindenburg — Großer Saal Plehla Zabrze — Saal Grünberger Bischofs — Saal „Gemeindegaststätte“. Thema:

Der Hungeretat der Stadt Hindenburg und seine Auswirkung auf die Werktätigen!

Betriebsarbeiter, Erwerbslose und Frauen, erscheint in Massen! Stadtverordnetenfraktion der SPD.

er möge dem Gewerkschaftsangehörigen sagen, daß die Berufung nicht zulässig sei, da die Klage überhaupt nicht unterschieben ist. Der Vertreter der Verwaltung hatte sich ins Fäustchen gelacht.

Später erschien der Klagevertreter Rzy me l mit seinem Busenfreund, rot innen und außen, und im Korridor des Gerichts roch es nach Schnaps. Das sind auch Arbeitervertreter, die die Opposition mit Haut und Haaren verschlingen möchten!

Kameraden, schließt euch der KSD an, die den Kampf zur Verbesserung eurer Lebenslage organisiert; denn nur durch Kampf zum Sieg.

Autobusverkehr. Ab 15. Juni d. J. werden die Endstationen der hiesigen Autobuslinien verlegt, und zwar wird für die Linie IV Zabrze-B die Endstationelle Prizibillas Restaurant und für Linie V Zabrze-Dorf Herzel's Restaurant.

Gleitwitz

Druckfehlerberichtigung. In der Nummer 138 vom 14./15. Juni erschien unter dem Titel der Artikel „Dem Übergärtner Walter kann keine...“, der fälschlicherweise unter Gleitwitz erschienen ist. Der Artikel sollte unter Hindenburg erscheinen.

Rokitnitz

Gemeindevorsteher Pyttel als Arbeitgeber schlimmster Sorte

H. A. Der hiesige Gemeindevorsteher Pyttel unterscheidet sich in nichts von den übrigen Feinden der Arbeiterchaft. Als die Erwerbslosen zu den Pfingstfeiertagen eine einmalige Wirtschaftsbekämpfung, Spaltung ihrer Kinder und Uebernahme der Mieten forderten, da erklärte dieser „gute Christ“, daß er aus Sparmaßregelngründen nichts geben könne; er ging zu der Schänke über und beschäftigte drei bis vier Tage vor den Feiertagen die Arbeitslosen. Natürlich wurden von 80 Mark nur 27 eingestrichelt. Und wie wollte P. die Arbeiter entlohnen? Ganze 25 Pfennige für die Stunde wollte er ihnen bezahlen. Darüber sehr empört, legten die Kollegen die Arbeit nieder und begaben sich mit dem Handwerkszeug nach dem Rathaus. P. schickte den Gemeindevorsteher zum Verhandeln vor. Er roch den „Braten“ und blieb im sicheren Hintergrund. Der Erfolg war, daß ein Stundenlohn von 62 Pfennigen zur Auszahlung gelangte. Der Tariflohn beträgt 67 Pfennige. Weiter arbeiten durften bei einem so „hohen“ Stundenlohn die Proleten nicht mehr. Schützen sollen die Proleten, bloß nicht einen anständigen Lohn fordern. Das ist Pyttel doch zu viel! Wir richten an P. die Frage, ob er nicht bereit wäre, sein Gehalt mit diesem Hungerlohn einzutauschen? Davon wollen diese Leute nichts wissen. Dem Proleten gute Belehrungen geben, die nichts kosten, da sind sie schnell bei der Hand.

Die Rokitnitzer Erwerbslosen haben gezeigt, daß sie sich als Lohnkämpfer und Lohnkämpfer nicht mißbrauchen lassen. Kollegen, schart euch feier um die revolutionäre Bewegung, weil ja nur in einer einheitlichen Kampffront aller Betriebs- und Erwerbslosenkollegen eure proletarischen Forderungen dem kapitalistischen Staat und seinen Unternehmern abgerungen werden kann.

Mikulitschütz

Landarbeiter-Verbetag!

Sonntag, den 22. Juni, findet in Pilzendorf ein Verbetag für Landarbeiterinnen und Landarbeiter statt. Theateraufführung und Gartenkonzert, ausgeführt von der Schalmeykapelle Bobref, findet im Lokal Pindner statt. Beginn 15 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf. Vertätigte, erscheint recht zahlreich!

Oppeln

Das Ergebnis des ersten Werbefesttages

Wie bereits geteilt, brachte der erste Werbefesttag der Partei, soweit am Werbefesttag die Ergebnisse der Unterbezirksleitung vorlagen,

25 neue Zeitungsabonnenten und 5 Parteilieferungen. Das Ergebnis, das die Sympathien für die „Arbeiter-Zeitung“ sowie für die Partei unter den Arbeitern aufs neue beweist, ist deshalb so beachtenswert, weil sich an diesem ersten Werbefesttag nur ein ganz geringer Prozentsatz der Parteilieferer an der Werbeaktion beteiligt hat. Die Stellenleitungen müssen sofort die säumigen Genossen zur Redehaftigkeit ziehen und dafür sorgen, daß am kommenden Sonntag jede Parteilieferung vollzählig zur Werbeaktion für Partei und Presse antritt. Verfahren wir so, dann ist damit zu rechnen, daß wir unser Werbefest nicht nur erreichen, sondern weit über-schreiten.

Neue Zeitungsleser bedeuten neue Klassenkämpfer. Wir begrüßen die neuen Zeitungsleser in diesem Sinne. Es sollen aber nicht nur Leser anderer Zeitung sein, sondern auch selbst das, was sie bedrückt, das was sie an Unrecht und Betrug gegen die Arbeiterklasse und Erwerbslose erleben und beobachten, sofort an uns berichten. Demzufolge werden Mittelungen werden jederzeit in unserem Büro, Kahlbergstraße 11, entgegengenommen.

Ein neuer **Waggon** ist eingetroffen mit Waren aus **Seeresbeständen u. a.**
u. a.
Mil.-Abstimmen m. Schirm, ungebr. 0,35
Mil.-Feldmützen, neu 0,55
Mil.-Sporthosen, blau oder weiß, gut erhalten 0,65
Sipo-Commerzröde, dunkelgrün, gut erhalten 2,50
Mil.-Küperberthosen, neu 2,70
Arbeitsjaden u. -hosen, gut inst. je 1,35
Mil.-Strohstühle, gut erhalten . 2,75, 2,25

Für den Motorabsporn:
Lederjaden, braun aus bestem Material, prima Verarbeitung, zweireihig, offen u. geschlossen zu tragen, mit Ruff- und Seitentaschen, Aermel mit Windstich versehen, Sonderangebot 58,—
Mil.-Bettbezüge, blau-weiß karriert, gut erhalten 2,50
Sommer-Bathhosen, lang, neu, Ia Qualität 4,50
Engl. Leberhosen, lang, ganz bequem gut, neu Paar 5,90
Mil.-Bathhosen (Segeltuch) 2,50

Siegmond Schwarz
G. m. b. H.
Verkaufsstellen:
Gleitwitz O.-E. nur Tarnowitzer Str. 2 am Ring.
Zabrze O.-E., Ring 18, Eing. Proletarier Straße.
Neu eröffnet:
Hindenburg, Peter-Paul-Straße 3 neben dem Stadthaus.
Gena auf Firma achten!

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenaufträge
prompt und preiswert

PEUVAG
Papier- Erzeugnisse- und Verwertungs- Aktien-Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trauhitzer Str. 80

Inferate
haben in unserer Zeitung **besten Erfolg**

Rationalisierungsmord auf Concordia-Grube

(Von unserem Betriebsberichterhalter.)
Nach einem Monat ist es her, wo John Kumpels bei der Schlagwetterexplosion ihr Leben lassen mußten. Wir fragen, in wessen Interesse geschah das? Die Verantwortung für uns fällt nicht schwer! Für den Profit der Grubenkapitalisten! Es vergeht kein Tag, wo nicht Leichtsinn und Schwermereckte und Tote aus dem Schacht gefördert werden. Am Freitag, dem 6. Juni, in der Tageslicht, wurde ein Maschinenwärter am Juliendacht im schwerverletzten Zustande herausgeschafft. In der Nachmittagslicht im Pochhammerflöz Abteilung II ist der 23jährige Lehrpauer Paul Schilora im Pfeiler tödlich verunglückt.

Die Häufung der Unfälle ist das Resultat der mörderischen Rationalisierung, des verschärften Antireibens, nicht zuletzt die Folge der hohen Kollektion.

Kameraden, verbindet den Kampf um mehr Lohn und sechs-stündigen unter Tage, den Kampf gegen die mörderische Rationalisierung, die Raubbau an Leben und Gesundheit der Bergarbeiter treibt, gegen die hohe Kollektion.

Religionszugehörigkeit als Entlassungsgrund

Zwei junge Menschen hatten sich Lieb gehabt und wollten heiraten. So leicht war es mit der Heirat aber nicht; denn die Eltern des jungen Mannes und der selbst waren evangelisch. Die Braut und deren Eltern waren dagegen streng katholisch. Der Brautigam entschied sich für die Braut und die katholische Religion und ließ sich taufen. Nun aber wurde er von seinen Eltern verstoßen und sogar der Pastor hatte dem jungen Manne zugekehrt. Die Verwaltung der Bergwerk-A.-G. setzte allem die Krone auf, indem sie den jungen Mann durch den Betriebsführer Schneider bearbeiten ließ, um den Mann zu der evangelischen Kirche zurückzubewegen. Da er aber abtrünnig blieb, ist ihm die Arbeit gekündigt worden. Solche Rechte nimmt sich ein Arbeitgeber noch im 20. Jahrhundert heraus. Dieses aber kann nur bei der Bergwerk-A.-G. passieren. Die Katholiken werden sich diese „Vergewaltigung“ nicht gefallen lassen, und wir sind gespannt, welcher „Gott“ der härtere sein wird. Bis dahin wohl noch der „Gott der Kapitalisten“.

Arbeiter, laßt euch nicht mißbrauchen und lehrt allen den Religionen der Minder und tretet aus deren Gemeinschaft aus. Kämpft mit dem Mitteln des revolutionären Massenkampfes um ein menschwürdiges Dasein, um den Sieg des Sozialismus über diese verjauhte und korrupte kapitalistische „Ordnung“.

So „vertreten“ Gewerkschaftsbunzen Arbeitsgerichtsklagen

H. A. Dieser Tage fand vor dem Arbeitsgericht eine Klage eines Schwer-Unfallbeschädigten gegen die Verwaltung der Hedwigswandgrube wegen Entlassung. Die Klageschrift wurde vom Gewerkschaftssekretär Birtcha, einer „Leuchte“ des Bergbau-Zubehörverbandes, ausgefertigt. Der Termin war für den 4. Juni um 10 Uhr angesetzt. Der Arbeiter wurde vom Verbandsrat durch eine Partei, am Arbeitsgericht zu erscheinen, verhandelt. Um die angeordnete Zeit erschien der Arbeiter, der Beschädigte sowie der Angehörte des Verbandes Rzy me l als Klagevertreter. Da aber noch drei Klagen zu erledigen waren, und Rzy me l einen guten Freund bei sich hatte, der ihm näher stand als der Schwerbeschädigte mit seiner Klage, bezog sich Rzy me l mit seinem Freunde in die Stadt, um nach vorher die Klage einzuschultern. Wie das nun vor dem Gericht ist, werden die Klagen jetzt für erledigt und die Klage des Schwerbeschädigten ausgefallen. Der Beschädigte sowie der Arbeiter waren v. nur der Vertreter Rzy me l hatte die Klage beim Schiedsrichter „Klebe“ bezogen und war nicht anwesend. Der Arbeiter hatte Vertretung beantragt. Er hatte aber mit dem Vertreter der Verwaltung nicht gerechnet, der Vertretungsakt beantragte, das auch gefällt wurde. Der Richter gab noch dem Arbeiter auf den Weg,